Nr. 142 — Halle a. S., Dienstag den 22. Juni 1909 — 20. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Insertionsgebühr beträgt für die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ
für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Neue Verwicklungen.

Indessen die bürgerlichen Parteien und die Regierung sich im Reichstage um die Finanzreform herumwürgen, wenden wir uns für einen Augenblick wieder dem europäischen Wetterwinkel zu. Denn schon ziehen dort wieder die bekannten drohenden Wolken herauf und das Wort „Krieg" ist bereits wieder aufgetaucht in den diplomatischen Meldungen. Wir haben zwei Konflikte auf einmal: den Streit um Kreta und den persischen Konflikt.

Bekanntlich war Kreta die Veranlassung des Krieges zwischen Griechenland und der Türkei 1897. Nach dem Siege der Türkei ist ihr aber Kreta dennoch entzogen und unter die Obhut der vier Großmächte England, Frankreich, Rußland, Italien gestellt worden. Diese wollten geordnete Zustände auf der Insel schaffen. Da riefen sie — auf Veranlassung Rußlands — einen griechischen Prinzen heran, der mit griechischen Polizisten und in steter Fühlung mit Athen das Land regierte. Die erste und wichtigste Folge davon war, daß die mohammedanische Bevölkerung die Insel verließ. Das „autonome" Kreta wurde zu einem Anhängsel von Griechenland, obwohl es noch immer als türkische Provinz zählt. Wenn jetzt, was im Juli geschehen soll, die fremden Besatzungen sich entfernen, so bleibt zur Angliederung Kretas an den griechischen Staat nur noch die Anerkennung der Mächte. Griechenland drängt zu diesem Schritt. Die türkische Regierung aber droht mit dem Krieg und will Griechenland mit einer „zehnfachen Macht" erdrücken. Das Wichtigste in der ganzen Angelegenheit ist vorläufig das äußerst kühle Verhalten der Mächte. Das sticht merkwürdig von dem Tohuwabohu ab, das anläßlich der formalen Annektion von Bosnien entstand. Kommt es jetzt zu einem griechisch-türkischen Krieg, so wird die diplomatische Situation für die Türkei lange nicht so günstig sein, wie 1897, da das europäische Konzert sich einmütig gegen Griechenland wandte und zum Teil sogar die militärischen Maßnahmen des letzteren verhinderte.

Eine Macht hat jedenfalls ein offenbares Interesse daran, die Türkei in einen Krieg mit Griechenland zu verwickeln. Das ist Rußland. Es braucht diesen Krieg, um die Türkei von Persien abzulenken, wo bekanntlich die russischen und die türkischen Truppen bereits dicht voreinander stehen.

Man hat bis jetzt die persischen Vorgänge in der großen Oeffentlichkeit als etwas behandelt, das abseits von den europäischen Interessen liege. Sehr zu Unrecht. Die Sache geht uns nahe an, nicht bloß, weil hier ein Volk um seine Freiheit kämpft, sondern weil einzig in dem Sieg der Revolution die Sicherheit des Friedens liegt, während jede andere Entwicklung den Krieg entfesseln kann, der unfehlbar auch Europa in Mitleidenschaft ziehen wird.

Der russische Einmarsch in Persien wurde nicht durch die persische Revolution bedingt, obwohl diese die Veranlassung dazu abgeben mußte. Er wurde langer Hand vorbereitet, seit 1878, seit dem Berliner Kongreß. Es führen für Rußland zwei Wege nach Konstantinopel: der eine über die Balkanhalbinsel, der andere über Kleinasien. Nachdem 1878 die Türkei über das Balkangebirge zurückgeworfen wurde, war der erste Weg strategisch erledigt. Auf das Gebot Europas hat Rußland damals vor den Toren Konstantinopels Halt machen müssen. Um so mehr verlegte es sich von da an auf den asiatischen Weg und drang unablässig und zielbewußt nach Kleinasien vor. Es hat seine transkaukasische Eisenbahn bis nah an die Grenze Türkisch-Armeniens gebracht. Das ist das erste Einfallstor. Das zweite Einfallstor aber liegt in Persien. Diesem näherte sich Rußland durch die Eisenbahn von Erdwan nach Dschulfa. Es wurde von vornherein in Aussicht genommen, diese Bahn bis nach Täbris in Persien fortzusetzen — was denn nunmehr auch ausgeführt wird. Die Türkei ihrerseits erkannte wohl, daß sie ihre Existenz in Asien zu verteidigen haben werde; wurde doch schon 1877-78 ein bedeutender Teil des Kriegs in Asien geführt. Außerdem liegt hier die Hauptmacht der mohammedanischen Bevölkerung, also das hauptsächliche Rekrutierungsgebiet der türkischen Armee. Um nun dem russischen Vordringen entgegenzuwirken, wollte die Türkei ihrerseits eine Eisenbahn bauen. Das war die projektierte Eisenbahn Angora-Erzerum, die bis an die Grenze Armeniens und nahe Persiens führen sollte. Dem setzte sich aber Rußland entgegen. Nicht genug damit, daß es diesen Eisenbahnplan vereitelte, erzwang es sich von der türkischen Regierung das ausschließliche Recht, Eisenbahnen im nordöstlichen Kleinasien zu bauen. Niemand, außer Rußland, darf also in jenen türkischen Gebieten Eisenbahnen bauen und Rußland baut dort vorerst keine. Es wird sie bauen, wenn es seine persische Bahn fertig hat, um Anschluß an das Schwarze Meer zu gewinnen und um im Falle eines Krieges seine Truppen desto schneller in das Feindesland befördern zu können. Was es vermeiden will, ist der Anschluß der nordöstlichen Bahnen Kleinasiens an die türkische Magistralbahn, was allein ihnen für die Türkei einen strategischen Wert verschaffen würde.

Seit dem Bau der anatolischen Bahn mischte sich in diese Interessenkämpfe ein neuer Interessent hinein, nämlich Deutschland. Das deutsche Kapital drang nach Kleinasien, der deutschen Regierung scheinen aber noch viel weitere Pläne vorgeschwebt zu haben. Eine Eisenbahn von Konstantinopel bis zum Persischen Golf schafft ja nicht bloß einen neuen Weg nach Ostindien, sondern eine Verbindung zwischen Berlin über Wien und Konstantinopel mit dem Stillen Ozean, das heißt mit den deutschen Kolonien, unter Umgehung jener Durchgänge des Mittelländischen Meers, Gibraltar und Suez, zu denen England die Schlüssel hat. Wie die Dinge jetzt stehen, ist ja das Reich im Falle eines Kriegs mit England von seinen Kolonien abgeschnitten.

Diese Situation rief nun aber andererseits das englische Interesse wach. Die erste Folge davon war, daß England den Persischen Golf dem türkischen Einfluß entzog. Die zweite Folge war die Förderung der antitürkischen Bewegung in Arabien durch England. Die arabische Frage erfordert eine gesonderte Behandlung. An dieser Stelle genügt es, an den Aufstand von 1906 zu erinnern und festzustellen, daß die Türkei durch diese Bewegung noch mehr beengt wurde und infolgedessen erst recht darauf angewiesen ist, ihre Stellung in Kleinasien zu schützen.

Nun ist es klar: ein selbständiges, reformiertes, erstarktes Persien würde der Türkei als Pufferstaat gegen Rußland dienen. Wenn aber Rußland sich in Persien festsetzt, ist die Türkei in Asien von Osten umgangen. Im Süden lehnt sich Arabien an, von Osten kann Rußland mit Hilfe seiner Eisenbahnen, die es mit Zentralrußland verbinden, gewaltige Armeen ins Land werfen, im Norden ist die ganze türkische Küste des Schwarzen Meers der russischen Kriegsflotte vollkommen ausgeliefert.

Wenn es aber zu einem Krieg zwischen der Türkei und Rußland kommt, so sind England und Deutschland schon jetzt an seinem Ausfall mitengagiert!

Die Interpellation.

Unter albernen und unwahren Ausreden sucht sich die Regierung Bülow um die Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation zu drücken, in der die Suspendierung der Getreidezölle und die Aufhebung der Einfuhrscheine gefordert wird. Im Seniorenkonvent erklärte am letzten Freitag der Reichstagspräsident auf eine Anfrage des Genossen Singer, „er habe mit dem Staatssekretär des Innern Rücksprache genommen, derselbe habe noch keine bindende Zusage für die Beantwortung gegeben, er wolle erst sein Material sicher beisammen haben".

Sollte diese Auskunft richtig sein, so wäre es notwendig, sofort eine zweite Interpellation einzubringen, etwa des folgenden Inhalts: „Ist es den verbündeten Regierungen bekannt, daß das Reichsamt des Innern nicht einmal das Material sicher beisammen hat, das es braucht, um die wichtigste Frage der Volksernährung in jedem Augenblick zutreffend beurteilen zu können, und welche Maßregeln gedenken die verbündeten Regierungen zu treffen, um einer solchen skandalösen Wirtschaft im Reichsamt des Innern ein Ende zu bereiten?"

In Wirklichkeit aber haben die Herren im Reichsamt des Innern Berge von Material zur Hand, aus dem klar hervorgeht, daß die Aufrechterhaltung von Zollschranken und Ausfuhrbegünstigungen bei der gegenwärtigen Lage des Getreidemarkts auf keine Weise gerechtfertigt werden kann. Was gesucht wird, das ist nur die Hintertür, durch die man sich vor einer unangenehmen und höchst kompromittierlichen Auseinandersetzung flüchten kann, und weil dem Herrn Staatssekretär in der Eile nichts Gescheiteres einfiel, hat er sich selbst und seine Beamten das schlimmste Armutszeugnis ausgestellt durch die Behauptung, er habe sein Material nicht beisammen.

Ist nun die Sache mit dieser Erklärung der Verlegenheit zu Ende und begraben, wirklich bis zu Weihnachten vertagt, wie die Kreuzzeitung prophetischen Gemüts voraussagte? Wir glauben ganz bestimmt — nein! Wir glauben ganz bestimmt, die sozialdemokratische Fraktion wird diese dringende Angelegenheit mit der allergrößten Entschiedenheit weiter verfolgen und auf ihrer Forderung beharren, daß die Interpellation in den allernächsten Tagen zur Verhandlung gelangt. Die geschäftsordnungsmäßigen Mittel, die ihr zu diesem Zwecke zur Verfügung stehen, sind noch lange nicht erschöpft.

Die §§ 32 und 33 der Geschäftsordnung besagen:

Interpellationen an den Bundesrat müssen bestimmt formuliert und von 30 Mitgliedern unterzeichnet dem Präsidenten des Reichstags überreicht werden, welcher dieselben dem Reichskanzler abschriftlich mitteilt und diesen in der nächsten Sitzung des Reichstags zur Erklärung darüber auffordert, ob und wann er die Interpellation beantworten werde. Erklärt der Reichskanzler sich zur Beantwortung bereit, so wird an dem von ihm bestimmten Tage dem Interpellanten die nähere Ausführung verstattet.

An die Beantwortung oder die Ablehnung der Interpellationen darf sich eine sofortige Besprechung des Gegenstands derselben anschließen, wenn mindestens 50 Mitglieder darauf beantragen. Die Stellung eines Antrags bei dieser Besprechung ist unzulässig.

Bisher ist die Interpellation noch nicht auf die Tagesordnung der „nächsten Sitzung" gestellt, und eine öffentliche bindende Erklärung des Reichskanzlers, ob und wann er die Interpellation beantworten werde, ist nicht gefordert noch abgegeben worden. Das private Verlegenheitsgerede des Herrn v. Bethmann-Hollweg existiert für den Reichstag höchstens nur insofern, als es zeigt, daß es höchst notwendig ist, eine öffentliche und offizielle Auskunft der Reichsregierung einzufordern, wie es dem Wortlaut und dem Sinn der Geschäftsordnung entspricht.

Eine Verschiebung der Antwort auf einen unbestimmten Termin kommt einer Ablehnung gleich, an die sich eine Besprechung der Interpellation anschließt, wenn 50 Abgeordnete sie verlangen. Sonst hätte die Regierung es ja in der Hand, die Besprechung aller Interpellationen unmöglich zu machen, indem sie niemals die Antwort „ablehnt", sondern sie immer bloß auf den unbestimmten Tag verschiebt, „bis das Material beisammen ist". Aber wann ist das Material beisammen? Wenn es der Regierung belieben wird zu antworten, wird das Material beisammen sein, und solange die Regierung die Antwort scheut, weil sie ein schlechtes Gewissen hat, wird das Material noch nicht „sicher" beisammen sein. Die Regierung tut, was ihr beliebt. Der um den letzten Rest seines kümmerlichen Interpellationsrechts betrogene Reichstag hat einfach zu schweigen.

Statt daß das Interpellationsrecht ausgebaut und erweitert wird, wird es durch einen Winkeladvokatenkniff vollends vernichtet! Es wird vernichtet, weil die Regierung weder den Mut hat, die Aufrechterhaltung der Getreidezölle und Ausfuhrvergünstigungen für gerechtfertigt zu erklären und weil sie noch viel weniger den Mut hat, den regierenden Brotwucherern die Beute aus den Zähnen zu reißen.

Und diese selbe Regierung wirft vielsagende Blicke auf die „äußerste Linke" und wirbt um ihre „sachliche Unterstützung"!

Eine solche Regierung zu schonen, hat die äußerste Linke keine Veranlassung. Für sie muß es heißen: Vor allem fort mit dieser Regierung! Lieber eine Regierung von überzeugten Reaktionären, als eine solche Regierung, wie wir sie jetzt haben!

Zunächst aber muß die Zollfrage auf die Tagesordnung des Reichstags gesetzt werden. Muß, weil die Not drängt, muß, weil die Zollfrage die Kernfrage der ganzen Finanz- und Wirtschaftspolitik ist, muß, weil sich der Reichstag nicht den letzten Rest seines Rechts nehmen lassen darf. Was zwischen dem Präsidenten und dem Staatssekretär und im inoffiziellen Kreis des Seniorenkonvents verhandelt worden ist, existiert für den Reichstag nicht. Eine Interpellation ist eingebracht, sie muß behandelt werden, wie es § 32 der Geschäftsordnung vorschreibt.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., 21. Juni 1909.

Gewalt geht vor Recht!

Das neugeborene schwarze Kartell der Junker, Judenfresser und Pfaffen, verstärkt durch polnische Schlachzizen, hat sich durch einen erneuten Vergewaltigungsakt im Plenum eingeführt. Entgegen den klarsten unzweideutigsten Bestimmungen der Geschäftsordnung hat diese Gesellschaft politischer Rohlinge unter Vorantritt des strebsamen, aber mit Adam Riese nicht auf gutem Fuße stehenden Jüngling Erzberger und unter dem Segen des Allesbeweisers Spahn, die zum Schutz der Minderheit errichteten Schranken mit ihren derben Junkerstiefeln und klobigen Pfaffenschuhen niedergestrampelt. Nichts hat es geholfen, daß die Nationalliberalen, die Mithelfer bei den Untaten des parlamentarischen Sadismus in der Zolltarifzeit, diesmal den januschauerlichen und gröberlichen Vergewaltigern die Gefolgschaft versagten, und daß Bassermann, der dazumal zusammen mit Gröber als Strickdreher der Minderheit fungierte, jetzt in anerkennenswerter Weise den Rechtsbrechern entgegentrat. Was noch übrig geblieben ist von der veraichbiechlerten Geschäftsordnung, liegt in Trümmern, auf denen die schwarzblauen Brüder ihre paramentarische Indianertänze aufführen.

Der äußere Hergang der Sonnabendsitzung war folgender: Zunächst stöhnte Finanzjunker v. Rheinbaben über die Konstatierung der agrarischen Steuerhinterziehungen, wie sie in dankenswerter Weise am Freitag durch den freisinnigen Abg. Mommsen erfolgt waren. Dann kam der Fluktifikator von Familiengeheimnissen, der geschäftsritualmordgläubige Herr Bruhn, und verzapfte, was etwa noch Herr Raab im antisemitischen Gedankenfaß an schaler Flüssigkeit übrig gelassen hatte. Irgend ein schwäbischer Minister redete wieder mal auf die Konservativen gütlich ein und Herr v. Payer, der Schwabe von der Volkspartei, klagte melancholisch über das Ende des Blocks und freute sich über den liberalen Block, der aus dem großen Block in Gegenwart und in Zukunft hinübergerettet sei. Also von seinem Optimismus ist der staatsmännische Demokrat noch immer nicht geheilt; aber daß er den engen Zusammenhang zwischen der Reichsfinanzfrage und der preußischen Wahlrechtsfrage recht scharf erkannt und noch schärfer zum Ausdruck gebracht hat, gibt immerhin Hoffnung auf weitere Besserung. Und nun machten die bürgerlichen Parteien Schluß und überwiesen der edlen Finanzkommission die neuen Projekte, die Sydow seinem gequälten Finanzgehirn ausgequetscht hat. Und dann wollten sie die zweite Lesung jener Wechselbälge vornehmen, die gänzlich ohne Auftrag die Rumpfkommission in die Welt gesetzt hat. Da begann denn die Geschäftsordnungsdebatte, deren Ausgang wir schon oben gekennzeichnet haben. Vergebens sprach Singer mit ebenso wuchtiger wie sachlicher Nachdrücklichkeit, vergebens redete Bassermann auf seine alten Blockbrüder eindringlich ein, vergebens warnte Müller-Meiningen, der diesmal sein besseres Ich wiederfand, vor den ungeheuerlichen Folgen der Vergewaltigung, vergebens beleuchtete Geyer die Vorgänge in der Kommission. Die Mehrheit hörte nicht mehr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090622-12/fragment/page=0001

auf Gründe, sie machte von ihrer Gewalt Gebrauch und verwarf nicht nur unseren prinzipiellen Antrag, die Kommissionssteuern von der Tagesordnung abzusetzen, sondern selbst den zahmen und weit, nur zu weit entgegenkommenden Antrag Bassermann, jetzt gleich die erste Lesung vorzunehmen. Dann begann man noch sich etwas über die Kotierungssteuer zu unterhalten, und vertagte bald die Fortsetzung der Unterhaltung auf Montag 2 Uhr.

Der Rückgang der Reichseinnahmen.

Nach der endgültigen Zusammenstellung der hauptsächlichsten Einnahmen des Reiches haben sich die Verhältnisse ein wenig besser gestaltet, als aus der vorläufigen Uebersicht zu ersehen war. Es sind 14 Millionen mehr eingegangen, als die vorläufige Zusammenstellung erkennen ließ. An dieser Steigerung vornehmlich beteiligt sind die Zölle mit 4,82, der Lotterielosstempel mit 3,45, die Brausteuer mit 2,99, die Maischbottichsteuer mit 2,30, die Erbschaftssteuer mit 0,32 und der Personenfahrkartenstempel mit 0,81 Millionen. Trotz dieser Zunahme hat der Ausfall der Einnahmen gegenüber dem Etatsansatz noch über 165 Millionen betragen. An diesem Manko sind allein die Zölle mit 121 Millionen beteiligt, da sie nur 545,96 Millionen Mark eingebracht haben, während der Etat eine Einnahme von 666,97 Millionen vorsieht. Den zweitgrößten Ausfall hat die Post- und Telegraphenverwaltung aufzuweisen, aus der nur 632,88 Millionen eingekommen sind gegen 644,15 Millionen Mark im Etatsansatz, also 20,77 Millionen Mark zu wenig. Dann folgt die Erbschaftssteuer, die statt der erhofften 42 Millionen Mark nur 30,08 Millionen Mark ergeben hat, so daß der Ausfall fast 12 Millionen Mark beträgt. Ferner liegt die Einnahme unter dem Etatssoll bei der Reichseisenbahn um 9,05, beim Personenfahrkartenstempel um 5,06, bei der Brausteuer um 4,22, bei der Verbrauchsabgabe von Branntwein 2,62, bei der Tantiemesteuer um 2,53, beim Frachturkundenstempel um 1,57, bei der Börsensteuer um 1,30 (wobei 1,01 Millionen Mark auf den Kaufstempel entfallen), bei der Tabaksteuer um 0,48 und beim Automobilstempel um 0,98 Millionen Mark. Im ganzen betrug hiernach der Ausfall 150,80 Millionen Mark, deren Mehreinnahmen aus einzelnen Steuern in Höhe von 15,19 Millionen Mark gegenüberstehen. Den größten Ueberschuß hat die Maischbottichsteuer ergeben, aus der 13,03 Millionen Mark eingekommen sind, während der Etat nur 8,60 Millionen Mark vorhersieht, dann folgen der Stempel von Privatlotterien mit einem Mehr über den Etatsanschlag von 2,87 Millionen Mark, die Zuckersteuer mit 2,65, die Brennsteuer mit 2,47, die Zigarettensteuer mit 1,29, die Salzsteuer mit 0,50, die Wechselstempelsteuer mit 0,45, die Spielkartensteuer mit 0,28, der Staatslotterielosstempel mit 0,21, die Schaumweinsteuer mit 0,03 und die statistische Gebühr mit 0,01 Millionen Mark. Abgesehen von den Zöllen und Einnahmen der Verkehrsinstitute sind es also hauptsächlich wieder die sogenannten neuen Steuern, die trotz ihrer zum Teil sehr wesentlichen Herabsetzung im Etatsanschlag einen Ausfall ergeben haben. Dieser Ausfall beträgt nahezu 20 Millionen Mk

Ein Bekenntnis.

Die konservative Zeitschrift Grenzboten bejammert in einem ausführlichen Artikel das sinkende Ansehen des Reichstags und führt dies darauf zurück, daß die bürgerlichen Parteien — es wird ausdrücklich nur von diesen gehandelt — nur an ihren Sondervorteil und nicht an die vor den Wählern übernommenen Verpflichtungen denken. Mit folgenden Worten geißelt das konservative Blatt die ihm nahestehenden Parlamentarier:

„Das deutsche Volk weiß doch längst, daß die oft stundenlangen Reden im Reichstage nicht nur der Sache willen, nicht zur Ueberzeugung der andern gehalten werden — denn die Abstimmung ist ja in der Regel schon vorher durch Fraktionsbeschlüsse festgelegt und auch bereits in der Parteipresse veröffentlicht worden. Sie werden bloß noch geredet für die Wähler draußen: damit sie nicht alle werden . . .

„Die Bevölkerung hat die ewige parlamentarische Walze satt, die allein mit Parteiöl geschmiert ist, und bei der die nationalen Angelegenheiten höchstens als äußerer Anstrich verwandt werden . .

„Verständige Leute haben längst durchschaut, daß in der Regel nicht die Rücksicht auf das Vaterland, sondern die oft sehr trügerische Hoffnung auf ein paar neue Parteimandate den Ausschlag gibt . .

„Je kleiner das Gruppchen ist, um so dringender fühlt es das Bedürfnis, andern Parteien selbst durch skrupelloseste Agitation Wahlkreise zu entreißen. Das Vaterland ist dabei Nebensache."

Daß der Artikel in der Tat nur die bürgerlichen Parteien im Auge hat, zeigt noch folgende Stelle:

„Es fragt sich, was in diesem Falle (nämlich weil der Reichstag vor lauter Parteigeist nicht zur Erledigung der Steuergesetze kommt) geschehen müßte, da das Reich doch nicht begründet wurde, damit im Reichstage Konservative, Liberale oder Klerikale Parteikleckereien geritten werden können."

Ungefähr ebenso haben wir die „ideale" Tätigkeit der bürgerlichen Parteien auch immer bewertet. Dieses Bekenntnis von konservativer Seite zeigt aber, daß die Herren auch selbst ganz gut wissen, wie es bei ihnen aussieht, und was demnach von ihren öffentlichen Beteuerungen des Gegenteils zu halten ist.

Der Hansabund in den Spuren des Reichsverbandes.

Bekanntlich versucht die Leitung des neuen Bundes der Handels- und Industriekapitalisten, den Hansabund dadurch eine möglichst große Mitgliederzahl zu sichern, daß sie auch die kaufmännischen Angestellten und die Betriebsbeamten in den Bund aufnimmt. Schon werden selbst kleine Provinzstädte mit Zirkularen des Bundes überflutet, in welchen die Angestellten durch das Versprechen zu ködern versucht werden, daß in dem Ausschuß der Vereinigung alle wichtigen Erwerbszweige von Handel, Industrie und Gewerbe — die Großen, die Mittleren, wie die Kleinen — sowie auch der Stand der kaufmännischen und gewerblichen Angestellten — eine angemessene Vertretung erhalten sollen.

Dem Zirkular ist eine Werbeliste beigefügt, und die Kaufleute und Industriellen werden gebeten, diese Liste zur Beitrittserklärung bei ihren Angestellten und Betriebsbeamten zirkulieren zu lassen! Der Hansabund verfährt also nach dem Muster des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, in dessen Spuren er über kurz oder lang doch völlig wandeln wird.

Wer trägt die Kosten?

In der Presse war die Behauptung aufgestellt worden, daß die Kosten der großen Mittelstandskundgebung, die in Berlin stattgefunden hat, mit Regierungsgeldern bestritten worden sind. Dieser Meldung tritt nun die Nordd. Allg. Ztg. entgegen, indem sie sagt, es sei nicht ein Wort daran wahr, daß der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung, der Landtagsabg. Rahaardt, 30 000 Mk. von der Regierung erhalten habe. Dieses Dementi ist in dieser Form zweifellos richtig, denn so dumm sind die Bülowiten denn doch nicht, daß sie einem Privatmann einfach 30 000 Mk. aus der Reichskasse geben, damit er eine Kundgebung für die Regierung veranstalte. Man kann ja auch andere Wege einschlagen. Jedenfalls ist keineswegs klargestellt, wer der Mittelstandsvereinigung die enorme Summe gegeben hat, die zur Deckung der Kosten der Veranstaltung nötig war.

Die „hellhörigen" Konservativen.

Daß es den Agrariern bei ihrem Widerstand gegen die Erbanfallsteuer in der Hauptsache darauf ankommt, Bülow zu stürzen, das zeigt eine Rede, die der konservative Landtagsabgeordnete v. Tyllly vor wenigen Tagen in Finsterwalde gehalten hat. Er zählte alle die Besserungen des Kanzlers auf, die diesen der konservativen Partei verdächtigt gemacht haben und meinte dann, daß der Passus der Thronrede, der von einer Aenderung des preußischen Dreiklassenwahlrechts handelt, deutlich gezeigt hätte, wohin der Kurs gehe. Die Konservativen werden sich dieses Wahlrecht auf keinen Fall (!) entreißen lassen, da es die beste Schutzwehr gegen die Sozialdemokratie bilde. Wenn sie das und noch manches andere hellhörig gemacht habe, dann könne man es ihnen nicht verdenken, wenn sie auf ein weiteres Zusammenarbeiten mit diesem Kanzler und mit dem von ihm geschaffenen Block keinen Wert mehr legen. Das war schon die Stimmung, als die Reichsfinanzreform eingebracht wurde, gewesen. Dem Entrüstungssturm gegenüber, den die liberale Presse unter der Führung des Herrn v. Halle gegen die Konservativen entfaltet haben, konnten diese nicht in das Mauseloch kriechen, sondern mußten standhalten und so sei die scharfe Stellungnahme in Sachen der Nachlaßsteuer entstanden.

Diese Auslassungen ergeben allerdings, daß sich der Kampf der Konservativen, trotz aller Ableugnungsversuche, auch gegen Bülow persönlich richtet.

Die Reinlichkeitssteuer.

Die freisinnige Königsberger Hartungsche Zeitung behauptete, daß die von Zentrumsabgeordneten in der Finanzkommission beantragte Parfümsteuer den Reichsschatzsekretär zum Urheber habe, dieser hätte schon seit geraumer Zeit einen Entwurf für die Steuer fertig gehabt. Dem gegenüber wird jetzt offiziös erklärt, daß das Reichsschatzamt weder direkt noch indirekt die Besteuerung der Parfümerien gefordert, noch jemals das Augenmerk auf sie gerichtet habe

Deutsches Reich.

— **Zur Lehrerverfolgung in Bremen.** Die Behörde hat in der Anklageschrift gegen Holzmeier die Zahl der ihm zur Last gelegten Vergehen noch um eine vermehrt. Die an die Behörde gerichtete Verteidigungsschrift Holzmeiers ist von den bürgerlichen Bremer Nachrichten im Auszuge und von unserem Bremer Parteiblatte vollständig gebracht worden. In dieser Verteidigungsschrift, in der Holzmeier der Behörde auseinandersetzt, daß auch dem Beamten die Staatsbürgerrechte uneingeschränkt gewährt werden müssen, soll er das „Verhalten der Behörde gegenüber dem Bremischen Lehrervereine einer unzulässigen Kritik unterzogen und die Stellung der ihm vorgesetzten Schulvorsteher herabgesetzt" haben. Nach erstattetem Bericht der Justizkommission, so heißt es in der neuesten Anklageschrift gegen Holzmeier, ist der Senat der Auffassung, daß Holzmeier, indem er öffentlich in der Presse seine Verteidigung in der angegeben Weise zu führen sucht, wobei besonders ins Gewicht fällt, daß er sich des Organs der sozialdemokratischen Partei bedient, das nach seiner Tendenz die bestehende Staatsordnung grundsätzlich angreift und bekämpft, sich einer weiteren Verletzung seiner Beamtenpflicht schuldig gemacht hat. Der Senat beschließt daher, daß das durch Beschluß vom 11. Mai gegen den Lehrer J. W. A. Holzmeier eröffnete Disziplinarverfahren auf die angeführte Handlung des Beschuldigten ausgedehnt wird.

Dieser Senatsbeschluß datiert vom 1. Juni d. J. In der letzten, außerordentlichen Generalversammlung des Bremer Lehrervereins, die Mittwoch stattfand, wurde er von Holzmeier den versammelten Lehrern bekannt gegeben.

— **Zentrum und Abonnentenversicherung.** Bei der vorjährigen Etatsdebatte interpellierte der Zentrumsabgeordnete Giesberts im Reichstag die Regierung, ob etwas gegen den „Krebsschaden der Abonnentenversicherung" geplant sei, die der Redner als eine Spekulation auf die Dummheit der Massen bezeichnete. Am 13. Februar d. J. schnitt der Zentrumsabgeordnete Marcour diese Frage im Reichstag wiederum an; er sprach sich, wie die Zentrumspresse berichtete, in ungemein scharfer Weise gegen diese unanständigen Unternehmungen aus; ein völliges Verbot liege im Interesse der Volkswohlfahrt. Das Zentrum brachte dann eine Resolution ein, die das Verbot der Verquickung von Zeitungen und Zeitschriften mit Versicherungen irgendwelcher Art verlangt. Der Reichstag beschloß, erst die Erhebungen abzuwarten, die vom Regierungstische aus versprochen wurden. Den scharfen Attacken gegen jenen Unfug und Schwindel gegenüber ist die Tatsache, daß die Abonnentenversicherung gerade unter der Zentrumspresse verbreitet ist, wieder eine Bestätigung der doppelten klerikalen Moral. Den „Schwindel" treiben u. a. Zentrumsblätter in Dortmund, St. Johann-Saarbrücken, M.-Gladbach, München. Das schönste aber ist, daß, wie sich jetzt herausstellt, das Blatt der Herren Bachem in Köln, der bekannten Zentrumsführer, die Abonnentenversicherung ebenfalls eingeführt hat.

Vor uns liegt eine Kundmachung des Vorstandes des Kath. Beamtenvereins in Köln, worin mitgeteilt wird, daß die Unterstützung der Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder, die den Kölner Lokalanzeiger durch den Verein beziehen, für das Vereinsjahr 1909-10 auf 30 Pfg. festgesetzt ist; außerdem zahlt der Verein noch 20 Pfg. aus seiner Kasse hinzu. Weiter heißt es in der Mitteilung, daß die Unterstützung nur dann gezahlt werde, wenn das Mitglied das genannte Blatt mindestens sechs Monate durch den Verein bezogen hat. Der Anspruch fällt weg, wenn das Blatt einen Monat nicht mehr bezogen wird, oder wenn die Zahl der beziehenden Mitglieder unter tausend herabsinkt, weil dann der Verlag sich nicht mehr bereit erklärt, eine Vergünstigung zu „gewähren".

Ohne Zweifel hat der Verlag mit anderen kath. Vereinen ähnliche Abmachungen, die den Redner der Zentrumsleute auf's Brutalste in das Gesicht schlagen.

Frankreich.

Wer ist schuld?

Aus Paris wird uns geschrieben: Die steigende Unzufriedenheit über die fruchtlose Tätigkeit des Parlaments während der letzten drei Jahre hat die Parlamentarier nachdenklich gemacht. Man hat ihnen vorgeworfen, daß sie bisher nur eine „Reform" vollendet hätten und zwar die Erhöhung ihrer Jahresbezüge von 9000 auf 15 000 Frank.

Nun hat das Parlament in der abgelaufenen Legislaturperiode wohl einige kleinere Reformen, wie die Verstaatlichung der Westbahn, zum Abschluß gebracht, andere, wie die Reform der Kriegsgerichte, die Einkommensteuerreform usw. dem Senate zugeschickt. Voraussichtlich wird der Senat die Altersversicherungsvorlage noch der Kammer rechtzeitig zurücksenden, daß sie noch in dieser Session zum Abschluß gebracht werden wird können, zugleich mit der Regelung der Pensionsverhältnisse der Eisenbahner. Alles in allem, wenn man nach der Quantität allein urteilt, wird die Gesetzgebungsperiode 1906 bis 1910 nicht unfruchtbarer gewesen sein, wie der Durchschnitt ihrer Vorgängerinnen.

Damit wird aber keineswegs die Unzufriedenheit der Wäh-

Kleines Feuilleton.

Automatische Zugsicherung.

Auf der Great Western Bahn ist jetzt eine Einrichtung eingeführt worden, die bei Ueberfahren eines geschlossenen Vorsignals den Lokomotivführer durch selbsttätige Auslösung der Lokomotivpfeife aufmerksam macht. Sie besteht darin, daß auf der Lokomotive ein elektrischer, von einer Akkumulatorenbatterie gespeister Stromkreis eingerichtet wird, durch den normalerweise die Dampfpfeife geschlossen gehalten wird. Unten an der Lokomotive befindet sich ein Gleitschuh. Dieser berührt an den Signalstellen eine zwischen den Schienen erhöht befestigte dritte Schiene. Wenn das Signal auf „Halt" steht, so ist die Gleitschiene stromlos. Wenn dann der Gleitschuh aufläuft, so hebt er sich und unterbricht dabei den Stromkreis auf der Lokomotive, so daß ein darin eingeschalteter Magnet den Verschluß der Dampfpfeife freigibt: die Pfeife ertönt. Steht das Signal auf Frei, so geht über die Gleitschiene ein Hilfsstromkreis, der die Unterbrechung des Stromkreises beim Anheben des Gleitschuhes wieder überbrückt, so daß der Magnet nicht loslassen kann, die Pfeife also nicht ertönt. Die vorbeschriebene Einrichtung ist zweifellos einfach und betriebssicher, ein gutes Arbeiten in der Praxis wird ihr gleichfalls nachgerühmt, trotzdem stellt sie durchaus nicht das Ideal dar, denn sie beschränkt sich wieder auf akustische Warnungssignale, während es furchtbar nahe liegt, statt der Pfeife die Bremse des Zuges automatisch in Tätigkeit zu setzen. Es ist wirklich nicht einzusehen, warum die Eisenbahntechniker diese Lösung krampfhaft vermeiden. Es sprechen dabei offenbar alte Gewohnheiten d. h. Vorurteile ein gewichtiges Wort, denn wenn man einmal einen automatischen Mechanismus einschaltet, dann auch einen solchen, der ganze Arbeit macht und der nicht erst wieder eine Ergänzungsbedingung durch Menschenhand nötig macht.

Statistisches aus Neuyork.

Welche gewaltigen Fortschritte auf dem Wege der Weltmetropole die Stadt Neuyork macht, registriert mit eindrucksvollem Ziffernmaterial die Statistik, die uns vor allem darüber belehrt, daß jede Sekunde genau vier Personen von auswärts ankommen. Alle 42 Sekunden betritt ein Auswanderer das Land, alle 52 kommt ein Zug an, alle drei Minuten erfolgt eine Verhaftung, alle sechs Minuten wird ein Kind geboren, alle sieben Minuten ist ein Todesfall zu verzeichnen und alle 13 Minuten wird ohne Furcht vor der Zahl 13 eine Hochzeit gefeiert. In dreiviertelstündigem Zwischenraum erblickt weiterhin eine neue Handelsfirma das Licht der Welt, brennt es irgendwo, legt man den Grund zu einem Neubau, verläßt ein Schiff den Hafen. Alle zwei Stunden hat die Unfallstatistik einen Unfall mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen, alle acht Stunden wird eine Ehe geschieden und alle zehn Stunden ein Selbstmord begangen. Allabendlich registrieren die Kassen der Restaurants im Durchschnitt eine Tageslösung von 5 200 000 Mark für verabreichte Mahlzeiten. Der Bevölkerungszuwachs durch Zuzug aus den amerikanischen Bundesstaaten und Einwanderung aus andern Erdteilen ist so rapid, daß in wenigen Jahrzehnten Neuyork London den Rang als größte Stadt der Welt streitig machen dürfte. Schon heute leben in Neuyork mehr Irländer als in Dublin, mehr Italiener als in Rom, und mehr Deutsche als in Bremen.

Vererbung der Trunksucht.

Bei einer von den holländischen Gelehrten G. Heymanns und E. Wiesma angestellten Untersuchung über die Erblichkeit gewisser Anlagen und Entartungserscheinungen, ergab sich für die Anlage zur Trunksucht folgendes Resultat:

	Eltern		Kinder		
	Trunkenbolde	Regelmäßig trinkend	Oefters trinkend	Nicht trinkend
Ueberwiegend Trinker	2 Proz.	28 Proz.	35 Proz.	12 Proz.
Durchschn. Trinker	1 „	19 „	49 „	17 „
Ueberwiegend Nichttrinker	0 „	7 „	56 „	23 „

Das Ergebnis, bem 400 von Aerzten erteilte Aussagen zugrunde liegen, zeigt eine regelmäßige Vererbung der Trunksucht vom Vater auf den Sohn; die Vererbung auf die Töchter ist dagegen nicht immer festzustellen.

Alkoholismus in der Schule.

Das englische Unterrichtsministerium hat eine Verordnung erlassen, wonach die Kinder in geeigneter Weise über die Schäden des übermäßigen Alkoholgenusses aufgeklärt werden sollen. Der Unterricht soll sich in dieser Beziehung nicht bloß auf die individuellen Uebeln beschränken, wie Krankheit, Siechtum, Verminderung der Arbeitsleistung, Verlust der Stellung, Verlust der Selbstachtung usw., sondern auch die sozialen Schäden, die zum Teil auf übermäßigen Alkoholgenuß zurückzuführen sind, wie Pflichtverletzung gegenüber anderen, besonders der Familie, moralischer Untergang, Zersplitterung der Familie, Pauperismus usw.

Humor und Satire.

Ruhlose Frömmigkeit.

„Woaßt, Hallbäuerin, i bin früher aa jeden Sunntag in d' Kirch' ganga, aba in der Stadt drin ham sie 's do 'rausbracht, daß i Wasser in die Milli toa hab!"

Der sittliche Gendarm.

In Gietersbach lagert ein Trupp Zigeuner; fünf Wagen, etliche zwanzig Mann, zwölf Frauen und viele Kinder. Die Einwohnerschaft des Dorfes fürchtet sich. Auch sonst hat man Bedenken gegen die Zigeuner, deren sittliche Qualitäten gar nicht einwandfrei erscheinen. Der Meßner von Gietersbach marschiert eiligst nach Rohrmoos zur Gendarmerie. „Und — so pointiert er — in der Fruah um a achte steigen die Weiber halb nackat aus 'm Wagn." — „Steign s' ganz gewiß raus?" frägt der Kommandant.

Anno 1920.

Zu vermieten: Hochmoderne Wohnung, bestehend aus 8 Zimmern, 4 Kammern, 8 Küchen nebst Zubehör (Radiumlicht, Aerogarage, Frauenhuthalle und Krematorium).

In einer Jourgesellschaft

erzählt ein junger Mann unter dem Beifall der Tischrunde die neuesten Witze. Nach harmloseren folgen gewagtere. Als schließlich etwas sehr Gepfeffertes kommen soll, meint der Vortragende einleitend: „Meine Herrschaften, der Witz, der jetzt kommt, ist aber sehr stark!?" Da läßt sich eine lispelnde Mädchenstimme vernehmen: „Vielleicht können . . . . die Herren hinausgehen?"

Der wohlwollende Chef.

„Ich würde Sie ja gerne aufbessern, aber dann müssen Sie ja wieder mehr Steuer zahlen und ich bin ein prinzipieller Gegner jeder Mehrbelastung des Mittelstandes!" (Jugend.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090622-12/fragment/page=0002

termassen behoben sein. Bei Reformen handelt es sich nicht so sehr um die Quantität wie um die Qualität. Und hier ist die Tätigkeit des Parlaments weit hinter den Erwartungen der Wählerschaft zurückgeblieben. Die Westbahn-Verstaatlichung war im Grunde nur ein glänzendes Geschäft für die Aktionäre dieser Gesellschaft und mit den anderen Reformen steht es nicht besser aus, soweit das Interesse der breiten Massen in Betracht kommt. Weit mehr jedoch wie diese Produktion von Scheinreformen hat die Unterlassung der dringendsten Reformen verstimmt. Da ist die parlamentarische Günstlingswirtschaft, ausgebeutet im Parteiinteresse der Radikalen, die heute mehr denn je blüht. Diese Protektionswirtschaft, über die alle klagen, die jedoch alle mitmachen, hat ihren Boden vornehmlich in dem herrschenden Wahlsystem, das der Einzelwahlkreise. Nur wenn die Person des Gewählten hinter seiner Parteistellung verschwindet, wenn also das Listenwahlsystem mit proportionaler Vertretung eingeführt wird, können die schlimmsten Auswüchse der Protektionswirtschaft beseitigt werden. Aber gerade dazu war bisher weder die Regierung noch ihre Mehrheit zu haben. Alle Welt beklagt sich weiter über das veraltete zentralistische Verwaltungssystem, das auch manches zu der politischen Protektionswirtschaft beiträgt. Auch auf diesem Gebiete ist es trotz aller Versprechungen noch nicht einmal zur Ausarbeitung einer Vorlage gekommen. Wie weit es dieses nachgerade unerträgliche System gebracht hat, das hat die Streikbewegung der Postbeamten bloßgelegt.

Drittens kommt es vor allem darauf an, wie die bestehenden Gesetze angewendet werden. Und darin hat das Ministerium Clemenceau am meisten gesündigt, getragen und gebilligt von der großen Mehrheit des Parlaments. Das alles zusammen hat die Unzufriedenheit der Wähler erzeugt.

Die Parlamentarier, um sich selbst zu entlasten, schieben alle Schuld auf das Ministerium. Um das darzulegen, gibt es ein sehr einfaches Mittel: Man interpelliert die Regierung über ihre „allgemeine Politik".

Diese Interpellation hat gestern angefangen. Zunächst haben sich zwei Redner der Rechten produziert. Neues ist dabei nicht herausgekommen. Prinzipiell hat die Rechte nur sehr wenig an dem Ministerium auszusetzen. Ihr größter Aerger ist nur, daß die Radikalen und nicht sie an der Krippe stehen. Neu bei dieser Interpellations-Debatte ist, daß sich auch Radikale, und zwar nicht nur oppositionelle Radikale, wie Herr Buisson, sondern waschechte Regierungsradikale, an ihr beteiligen. Um den Schein zu vermeiden, als ob es auf einen Ministersturz abgesehen wäre, hat die Kammer die Fortsetzung der Diskussion auf nächsten Freitag vertagt. Als erster Redner ist Genosse Jaurès eingezeichnet. Dann werden drei Redner der Regierungspartei, Herr Reinach, Herr Dalimier und Herr Buisson, und nach ihnen Herr Clemenceau über die Preisfrage streiten: „Wer ist schuld?"

Der Staat konfisziert.

Paris, 20. Juni. In Auxerres wurde auf Befehl der Regierung die dem dortigen geistlichen Kapitel gehörige Bibliothek gewaltsam geöffnet und alle Bücher und Manuskripte, darunter sehr wertvolle, zugunsten der Stadtverwaltung beschlagnahmt.

England.

Religiöse Hanswurste.

London, 21. Juni. Zu religiösen Krawallen kam es gestern in Liverpool, wo protestantische Iren eine katholische Prozession durch die Straßen zu ziehen, zu verhindern suchten. Die Kundgeber versuchten wiederholt, die Wohnhäuser in Brand zu stecken und warfen überall, wo man infolge der Prozession Fahnen herausgehangen hatte, die Fensterscheiben ein. Die einschreitende Polizei wurde mit Steinwürfen empfangen und mußte mit blanker Waffe vorgehen. Bei dem Zusammenstoß wurden zahlreiche Personen verletzt; viele Verhaftungen erfolgten.

Rußland.

Das Karnickel.

Petersburg, 20. Juni. Die Schuld an der Beschießung des Boyoburn trifft den finnischen Lotsen, der der Lotsenstation Pitkopas angehört. Der Kapitän darf, sobald der Lotse an Bord ist, keine Befehle bezüglich des Kurses erteilen. Der Lotse ist bereits arretiert worden. Das Kriegsschiff, welches das britische Handelsfahrzeug beschoß, ist der Minendampfer Emir von Buchara. Der hiesige britische Botschafter erhielt gestern die offizielle russische Darstellung von dem Zwischenfall.

Jetzt soll der Lotse an etwas schuld sein, was einzig seine Ursache in der bleichen Furcht des blutigen Nikolaus vor „Attentätern" hat! —

Türkei.

Degradiert und verbannt.

Wien, 20. Juni. Aus Konstantinopel erfährt die Politische-Korrespondenz, daß die vom außerordentlichen Kriegsgericht verfügte Degradierung und Verbannung von 86 ehemaligen Militär- und Zivilbeamten die Bestätigung des Sultans erhalten hat. Unter den Verurteilten befinden sich der Generaladjutant des Exsultans, Marschall Schakir Pascha, der einstige Kommandant der Yildisdivision, Marschall Scheftet Pascha, der ehemalige Unterrichtsminister Hachim Pascha, die beide Generale sind.

Aus der Partei.

Wilhelm Wolff.

Die Neue Zeit schreibt:

„Gewidmet meinem unvergeßlichen Freunde, dem kühnen, treuen, edlen Vorkämpfer des Proletariats, Wilhelm Wolff. Geboren zu Tarnau 21. Juni 1809. Gestorben im Exil zu Manchester 9. Mai 1864" — so zu lesen, wie bekannt, auf der ersten Seite des Kapital von Karl Marx. Es ist ein Denkmal, das dauern wird, wenn alle ehernen oder steinernen Denkmäler, die den Tagesgötzen errichtet worden sind, längst in Staub zerfallen sein werden.

An geistiger Begabung läßt sich Wilhelm Wolff, dessen hundertster Geburtstag in wenigen Tagen wiederkehrt, nicht mit Karl Marx, Friedrich Engels oder Ferdinand Lassalle messen; er war kein bahnbrechender Denker, kein glänzender Schriftsteller, kein hinreißender Redner. Aber um so mehr spricht es für ihn, daß unsere großen Vorkämpfer nicht nur in treuester Freundschaft mit ihm verbunden gewesen sind, Lassalle nicht minder als Marx und Engels, und daß, wenn sie auf ihn zu sprechen kommen, sozusagen ein höherer Ton durch ihre Rede klingt, daß sie gewissermaßen zu ihm hinaufsehen. Wolff gehörte zu den edlen Naturen, die nach dem Worte Schillers mit dem zählen, was sie sind; sein unerschütterlicher Charakter, seine unverbrüchliche Treue, seine peinliche Gewissenhaftigkeit, seine unantastbare Uneigennützigkeit, seine nie zu beirrende Bescheidenheit machten ihn zum Muster eines revolutionären Kämpfers und erklären die Ehrfurcht, womit neben aller Liebe oder allem Haß seine politischen Freunde wie seine politischen Gegner von ihm zu sprechen pflegten.

Wie Wilhelm Wolff so ganz in der politischen Sache aufging, der sein Leben geweiht war, so wissen wir wenig von seinen persönlichen Erlebnissen, kaum mehr, als was Engels vor einigen zwanzig Jahren in einer biographischen Skizze mitgeteilt hat. Aber alles, was wir von Wilhelm Wolff wissen, zeugt dafür, daß er ein Mann war vom Scheitel bis zur Zehe, ein Mann, der durch die Kraft eines weltbefreienden Gedankens gefeit war gegen alle Niedrigkeiten des Lebens wie gegen alle Schläge des Geschicks. Und an solchen Schlägen hat es ihm nicht gefehlt; mühsam hat er sich durchringen müssen, und bittere Armut war seine Begleiterin von der Wiege bis zum Sarge.

Achtlos, wie er in allem war, was seine Person betraf, hat er auch nie daran gedacht, zu sammeln, was er in Zeitschriften und Zeitungen veröffentlicht hatte. Erst einige Jahrzehnte nach seinem Tode gab Engels — mit jener biographischen Skizze — die Schlesische Milliarde heraus, acht mächtige Artikel aus der Neuen Rheinischen Zeitung, durch die Wilhelm Wolff die schlesischen Bauern, zu denen er selbst nach seiner Abstammung gehörte, gegen ihre Unterdrücker aufstachelte. Zu Wolffs hundertstem Geburtstag veröffentlicht die Verlagsbuchhandlung des Vorwärts die längst vergriffene Schrift von neuem, vermehrt um einige Aufsätze Wolffs, die eine zeitgeschichtliche Bedeutung gehabt haben oder auch noch haben, wie die Schilderung des schlesischen Weberaufstandes von 1844.

Es ist bei alledem ein schmales Bändchen, aber indem jede Zeile den Charakter Wilhelm Wolffs ausprägt, wiegt es schwerer als manche Folianten eitler Gelehrsamkeit, und so mag es der kämpfenden Arbeiterklasse das Bild des Mannes erhalten, der es wie wenige verdient hat, in ihrem Gedächtnis zu leben."

Der Schutz des § 193

wurde dem Redakteur des Harburger Volksblattes, Genosse Zielke, der die Zustände in einer Jutespinnerei kritisiert hatte und den Spinnmeister dabei beleidigt haben sollte, zugebilligt. In der Begründung des auf 10 Mk. Geldstrafe lautenden Urteils wird gesagt:

Das Volksblatt sei ein ausgesprochenes Arbeiterblatt, von dem die Arbeiter die Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen ohne weiteres erwarten. Habe auf der einen Seite der Wahrheitsbeweis als nicht erbracht angesehen werden müssen und sei der Angeklagte auch über das Maß der berechtigten Kritik hinausgegangen, so sei als strafmildernd zu berücksichtigen, daß der Angeklagte weder aus Bosheit, noch aus Rachsucht, sondern aus edlen Motiven handelte, wenn er sich der in kläglichen Verhältnissen lebenden Arbeiter annahm. — Diese verständige Urteilsbegründung verdient schon ihrer Seltenheit wegen registriert zu werden.

Zur Gründung einer eignen Presse im Zeitzer Kreise:

Zeitz. Vom Kränzchen des Gladitzer Jugendvereins in Droyßig 4.66, weil der Gladitzer Strohmann zerrissen ist, von W. S. 0.50, vom Vergnügen der Maurer 5.55 Mark. A. Leppoldt.

Extratour des Mundharmonikaklubs Orpheus 2.80 Mark. A. Dahler.

Eingang bis zur Vollendung des Neubaues Gr. Märkerstrasse.

Geschäfts-Neubau.

In dem fertig gestellten Teil meines Neubaues sollen meine bekannt grossen Warenvorräte in allen Abteilungen geräumt werden und veranstalte ich von heute ab einen

grossen Räumungs-Verkauf.

Herren-Anzüge.

Serie I bis 22 Mk. jetzt 13 Mk.
Serie II bis 27 Mk. jetzt 18 Mk.
Serie III bis 30 Mk. jetzt 21 Mk.
Serie IV bis 45 Mk. jetzt 28 Mk.

Knaben-Blusen-Anzüge blau Cheviot, für das Alter von 3 bis 5 Jahren jetzt 2.50 Mk.

Stoff-Leibchen-Hosen für das Alter von 3 bis 5 Jahren jetzt 60 Pfg.

Knaben-Stoff-Anzüge in haltbaren Qualitäten jetzt 2 Mk.

Grosse Posten **Herren-Stoff-Hosen** 1.75 Mk. 2.25 Mk.

Elegant. Wasch-Westen jetzt 2 2.50 3 Mk.

Weisse Piqué-Westen jetzt 2 2.50 3.50 Mk.

S. Weiss, Halle a. S.

Eingang bis zur Vollendung des Neubaues Gr. Märkerstrasse.

Eingang bis zur Vollendung des Neubaues Gr. Märkerstrasse.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090622-12/fragment/page=0003

In kaufenden Familien

Sie sparen an jedem Pfund ca. 50 Pfennig!

ist meine Tafel-Margarine infolge des wirklich feinsten, reinen, milden Geschmacks eingeführt! Machen Sie einen Versuch! Proben gebe wirklich gerne gratis!

A. Knäuzel, Jägergasse, Telefon 1740. T.-K. wird als Margarine verkauft.

Letzte Woche! Letzte Woche!

Schuhwaren-Ausverkauf

Hirsch & Dönitz.

Kleinschmieden 3.

Der Ausverkauf findet nur noch diese Woche statt und wird

Sonntag, den 27. ds. Mts. geschlossen.

Bis dahin sollen sämtliche vorhandenen Bestände in Schuhwaren geräumt sein und müssen selbige, um dies zu ermöglichen, zu jedem nur annehmbaren Gebot verkauft werden.

Letzte Woche! Letzte Woche!

:: Kinderwagen ::

nur beste Fabrikate,

von **10.85** an.

Sportwagen

von **2.75** an.

Leopold **Nussbaum**, Grosse Ulrichstr. 60/61.

Sozialdemokrat. Verein für Halle u. den Saalkr.

Distrikt Dölau.

Dienstag den 22. Juni, abends 8½ Uhr, im **Arbeiterheim** zu Dölau:

Mitgliederversammlung

Die Mitglieder werden ersucht, in dieser Versammlung vollzählig zu erscheinen, da in ders. wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen.

Die Distriktsleitung.

Gratis!

erhält jede Frau

1 Paket Dr. Drecker's Menstruations-Pulver

diskret zugesandt, die uns ihre genaue Adresse mitteilt. Rückporto erwünscht, aber nicht Bedingung.

Sanitäts-Drogerie, Ammendorf.

Frau E. in B. schreibt: Besten Dank für Zusendung. Ihr Mittel wirkte schon nach 3 Tagen.

Ansichts-Postkarten

empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Ich bitte diejenigen, die mir über den Verbleib meiner Ehefrau **Anna Schenoker**, zuletzt in Aue wohnhaft, Nachricht geben können, dies sofort schriftlich oder mündlich zu tun. Unkosten werden gerne erstattet.

W. Schenoker, Grana.

Metallarbeiter

Mittwoch den 23. Juni abends 8½ Uhr im großen Saale des „Volksparkes"

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung in Hamburg.
2. Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! In Hamburg sind eine Reihe von statutarischen Aenderungen vorgenommen worden. Die Berichterstattung in der Presse war zum Teil recht mangelhaft; es ist daher notwendig, daß kein Kollege fehlt. Daß die Funktionäre vollzählig erscheinen, ist selbstverständlich.

Die Ortsverwaltung.

Weissenfels.

Volkshaus

Inhaber: E. Voigt.

14 Merseburger-Strasse 14.

— Neu renoviert! —

Mittagstisch zu **40** u. **50** Pf.

Betten: 50, 75, 100 u. **125** Pf.

mit Frühstück.

Nachtklingel am Portal links.

Lagerbier 4/10 13 Pf.

Grosse rauchfreie Gaststuben.

3 Minuten vom Bahnhofe.

Hochachtend **D. O.**

Kurzgepflückte frische Kamillen

kauft zu höchsten Preisen

Firma **Wilhelm Kathe**

Halle a. Saale,

Große Märkerstraße 7.

Sitz- u. Liegewagen, neuest. Form, bis **12.50**, kauft man am billigsten u. besten bei

M. Bär, 6r. Ulrichstr. 54.

Verlangen Sie Gratis-Katalog.

An- und Verkäufe

Nähmaschine, wenig gebraucht, Kleiderschrank, gutes Sopha, groß. Spiegel mit Schränkchen, Tisch u. Bettstelle mit Matr. sehr bill. zu verk. Galstr. 21, II.

Kaufe Dienstag den 22. Juni jeden Posten junge und alte

Kanarien-Weibchen,

sowie flottsingende alte Hähne.

Zahle extra hohe Preise.

Otto Schenker

Halle a. S., Breitestrasse 14.

Gummi-Schürzen

für Kinder und Erwachsene eigener Anfertigung.

Hugo Nehab

Nachf.,

27 Gr. Ulrichstr. 27,

66 obere Leipzigerstr. 66.

Auf Firma u. Hausnummer bitte genau zu achten.

„Zeppelin"-Lampion Letzte Neuheit!

Zug- und Ballonlaternen

Fackeln

Kinderfahnen Schärpen

Verlosungs-Artikel

empfehlen

nur für Wiederverkäufer in grösster Auswahl billigst

Adler & Co.

Halle a. S. Franckestr. 18

Telephon 1081.

Herrenstoff-Reste

zu kleinen u. großen Anzügen, Hosen, Westen, Jacketts etc., sowie **Waschstoffe** zu Knaben-Anzügen werden jetzt billigst ausverkauft.

A. Wegerich,

Brüderstraße 2, nahe am Markt.

Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandl.

Frische Knickeier

billigst. Spezial-Eier-Grosshandlung, 7 Talamtstraße 7.

Kalk.

Weiß-, Grau-, Zement- und Düngekalk täglich zum Verkauf.

M. Stoye, Lokomotivm.

Kamillen

kauft zu höchsten Preisen, jeden Posten

Schwanen-Drogerie gegenüber Hänicke.

Militärsegeltuchschuhe

getr., sehr gut erhalten, großer Vorrat, verkauft billig

J. Sternlicht, Alter Markt 11.

---

2 Gebett neue Betten billig zu vkf. Börge, Alter Markt 32.

Arbeitsmarkt

Zeitz. Ein Dienstmädchen, v. 15 bis 17 Jahren, wird sofort od. 1. Juli gesucht. Lessingstrasse 1, Laden.

Wohnungs-Anzeigen

Eine Wohnung mit Zubehör ist zu vermieten und am 1. Oktober zu beziehen. Witwe Amalie Reinhardt, Bretzschau.

Delitzsch.

Dienstag den 22. Juni abends 8 Uhr im „Lindenhof"

Grosse öffentliche

Gewerkschafts-Versammlung

Tagesordnung:

1. „Die Gewerkschaftsbewegung". Referent: Genosse Umdeutsch-Magdeburg.
2. Verschiedenes.

Die Vorstandsmitglieder und Kartellbelegierten wollen pünktlich erscheinen.

Der Unterzeichner.

Konsumverein Teuchern

(eingetr. Gen. m. beschr. Haftpfl.)

Die Umwechslung der kleinen Marken erfolgt **Freitag den 25. Juni cr.** Die Abgabe in Kuverts bis **Sonntag den 27. Juni cr.**

Teuchern, den 18. Juni 1909.

Der Vorstand.

Sangerhausen.

Die Gewerkschaftskollegen werden ersucht, zu unserem am **Sonntag den 11. Juli** stattfindenden

Gewerkschaftsfeste

ihre größeren Kinder, welche den Reigen mit einüben wollen, am **Mittwoch d. 23. Juni** abends 8 Uhr in dem Garten des Herzogkruges zu schicken.

Das Gewerkschaftskartell.

Apollo-Theater

Sommer-Operetten-Saison.

Dir.: Gustav Poller.

Heute, Montag, den 21. Juni **zum 2. Male:**

„Der lustige Krieg",

Operette in 3 Akt. von Zell u. Genée. Musik v. Joh. Strauss.

Morgen, Dienstag, 22. Juni:

„Der Opernball",

Operette i. 3 Akten (nach dem Lustsp. „Die Rosa Dominos") v. Leon und von Waldburg. Musik v. Rich. Heuberger.

Mämmfuhren jeder Art bes. bill. Alb. Ackermann, Mühlberg 10.

Schachspiel

Mit Anleitung zum Spielen. Das interessanteste aller Spiele.

Preis 50 Pfg.

Zu beziehen durch

Die Volksbuchhandlung.

Buchführung für Konsumvereine.

Bearbeitet von **J. Heins.**

Volks-Buchhandlung.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd, Steinweg 2, 19. Juni.

Aufgeboten: Buchbinder Reinhardt und Anna Voigt (Langestraße 4 u. Kaiserstr. 4). Bureaugehilfe Förster und Emilie Bichmann (Halle und Jauer).

Eheschließungen: Kaufmann Stenzel und Helene Mandel (Mauerstraße 1 u. Albrechtstr. 11). Arbeit. Worm u. Minna Geitner (Beesenstraße 17 und Dachstraße 2). Heizer Horbach und Ida Häder (Bitterfeld u. Leipzigerstraße 56). Anstreicher Möller und Berta Göhre (Unterberg 3).

Geboren: Arbeiter Höhne T. (Corstraße 37). Arbeiter Schille T. (Diesbauerstraße 11d). Schuhmachermeister Mose T. (Wormlitzerstraße 116). Hobler Pauly T. (Schönitzstraße 14). Arbeiter Riele S. (Brunzenstr. 28). Polizei-Kommissar Reipert T. (Mansfeldstraße 20/24). Lokomotivführer Bach T. (Freiimfeldestraße 16).

Gestorben: Invalide Jeske, 69 J. (Ebersplatz 32). Arbeiter Wege aus Merseburg, 56 Jahre (Prinzenstraße 11). Arbeiter Richter aus Wiederau, 64 J. (Klinik). Emmy Stöbe, 17 J. (Clearinstraße 1). Invaliden Jacob Chertan geb. Schneider, 81 J. (Jakobstraße 28).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 8a). 19. Juni.

Aufgeboten: Arbeiter Müller und Minna Städtler (Mielleben und Talamtstraße 2).

Eheschließungen: Maurer Heinrich und Minna Raue (Trotheerstraße 76 und Schulberg 12). Former Schmidt u. Anna Hoppe (Fritz Reuterstraße 7). Arbeiter Nemez und Emma Vogel (Brudborferstraße 6 u. Große Brunnenstraße 29). Schlosser Bäcker und Frida Weißenborn (Zietenstr. 35 und Burgstraße 20). Kaufmann Kastner und Agnes Balhause (Hamburg und Advokatenweg 25).

Geboren: Bettenhauermeister Hoffmann T. (Gesslingstraße 11). Fuhrherrn Schunke T. (Große Brunnenstraße 15). Arbeiter Strzysch S. (Saalwerderstraße 4).

Gestorben: Witwe Koch geb. Schiller, 76 J. (Delligerstr. 16). Inv. Arbeiter Winkler, 65 J. (Feldstraße 6). Bachsenlesers Müller T., 11 M. (Dezenberstraße 15). Witwe Butthof geb. Baus, 76 J. (St. Waltstraße 1).

Dank.

Für die liebevolle Teilnahme beim Begräbnis meines lieben, von mir so plötzlich gerissenen Mannes, sage ich allen Vereinen, Freunden, Verwandten und Bekannten für die reichliche Geldspende und Blumenschmuck meinen innigsten Dank.

Die trauernde Witwe Martha Blatt nebst Kindern.

Trebnitz bei Laucnau.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (A. G. m. b. H.). — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090622-12/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 142 — Halle a. S., Dienstag den 22. Juni 1909 — 20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

265. Sitzung. Sonnabend, den 19. Juni, 11 Uhr vormittags.

Fortsetzung der Beratung der neuen Steuern.

Preußischer Finanzminister v. Rheinbaben weist die Bemerkung des Abg. Mommsen zurück, daß bei der Steuerveranlagung gegen weniger Bemittelte schärfer vorgegangen wird, als gegen die Großgrundbesitzer. Vor dem Gesetze seien alle gleich und zudem sei die ganze Steuergesetzgebung von dem Gesichtspunkt getragen, die Aermeren auf Kosten der Leistungsfähigen zu schonen (!) (Zust. rechts.) Die Erbitterung der Städte über die ländlichen Steuerhinterziehungen beruhe auch nur auf unkontrollierbaren Preßäußerungen. (Lebh. Sehr richtig! rechts.) Aber wir erkennen an, daß in Preußen Vermögen und Einkommen nicht überall voll erfaßt werden, dabei werde aber hüben und drüben gefündigt. Die schon vorhandenen schweren Gegensätze sollen wir nicht durch solche Ausführungen wie die des Abg. Mommsen noch verschärfen. (Lebh. Bravo rechts.)

Abg. Bruhn (Antisemit) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Erbschaftssteuer und äußert seine Freude darüber, daß eine Mehrheit gegen die Börse vorhanden ist.

Württembergischer Bundesratsbevollmächtigter Finanzminister Geßler: Meine Regierung ist stets entschieden für eine Erbschaftssteuer eingetreten. Eine Reichsvermögenssteuer müssen die Einzelstaaten prinzipiell ablehnen.

Abg. v. Payer (Südd. Vpt.): Mein Freund Mommsen hat nur eine gleichmäßige Behandlung aller Staatsbürger verlangt. Herr v. Rheinbaben hätte das amtliche Protokoll abwarten müssen. Die Einschätzungen des Großgrundbesitzes anbelangend, so ist es das gute Recht der Presse, bei bloßem Verdacht auf Mißstände hinzuweisen. (Zust. link.) Auch mein Freund Mommsen hat das nur in durchaus loyaler Weise getan. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Freis.)

Die Klarheit, die man im Volke erwartet und verlangt, haben unsere Verhandlungen nicht gebracht. Das Versteckenspielen geht weiter. Auch wer mit Eingelungen reden könnte, würde die Konservativen und das Zentrum nicht hindern, die Kraftprobe zu machen, und das wird zunächst bei der Abstimmung über das Erbschaftssteuer-Gesetz geschehen. Findet sich eine Mehrheit, welche den kümmerlichen Rest einer allgemeinen Besteuerung der Besitzenden aus der Finanzreform streicht, so wird wohl die gesamte Linke, ich glaube auch die Nationalliberalen, sich dafür bedanken, an einer allen Wertes beraubten Reform mitzuarbeiten. (Lebh. Zust. bei den Lib.). Dann wird die Mehrheit zeigen, was sie kann und dann wird **der Reichstag bankerott** sein. Dann wird ein Schrei der Erlösung durch das ganze Land gehen, wenn die Regierung gezwungen ist, diesem Reichstag ein vorzeitiges Ende zu machen. (Sehr richtig! links). Die Regierungen dürfen auch von einer Mehrheit nicht alles unbesehen annehmen, was ihnen serviert wird, bloß weil es Geld bringt. Sondern sie müssen sich klar sein, ob die neuen Lasten den Anforderungen der Volkswirtschaft und der Gerechtigkeit entsprechen. Können die Regierungen die Verantwortung nicht übernehmen, so bleibt nur der Appell an das Volk. Eine Finanzreform werden wir so wenig haben wie vor einigen Jahren. (Sehr richtig! links). Ein großzügiges System von Steuern, welches die Lasten planmäßig und gerecht verteilt, und Ordnung in die Verhältnisse der Bundesstaaten bringt, ein System, welches die Art an die Wurzel des Uebels legt, den Sparsinn bei der Armee- und Marineverwaltung weckt, und welches Handel und Industrie endlich dasjenige Maß von Ruhe gewährt, die ihnen notwendiger sind als das liebe Brot, ein solches System das ist es, was uns fehlt. (Lebh. Zust. bei den Lib.). Statt dessen wird ein mühsam zusammengetragenes Sammelsurium von Steuern in den Hafen gebracht und alles bleibt beim alten.

Der Block wird nicht, wie der Reichskanzler hofft, wieder auferstehen, aber umsonst ist er nicht gewesen. Die Konservativen bestreiten, daß der Kampf in Wirklichkeit sich **um das Wahlrecht** drehe, aber wenn Konservative und Klerikale zusammenfinden, so werden die anderen Parteien allen Anlaß haben, auf der Hut zu sein in allen Fragen. (Sehr richtig! links.)

Ich schließe mit dem Wunsche, daß die Kommission schnelle Arbeit mache und daß der Reichstag die immer deutlicher werdenden Schlußrufe von außen nicht länger unbeachtet läßt. (Lebhaft. Beifall links.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die neuen Steuern gehen an die Finanzkommission.

Weiter stehen auf der Tagesordnung

die von der Finanzkommission beschlossenen Steuern

zur zweiten Lesung.

Hierzu fordert ein Antrag Bassermann (natl.) zur Geschäftsordnung, diese Steuer als **neue Materie** anzusehen und die heutige Beratung als erste Lesung zu verhandeln.

Ein Antrag Singer (Soz.) fordert

Absetzung dieser Steuern von der Tagesordnung.

Abg. Bassermann (natl.): Es ist Ihnen allen bekannt, welche Schwierigkeiten in bezug auf die geschäftsordnungsmäßige Verhandlungen in der Kommission entstanden sind. Unser Antrag bezweckt, diese Schwierigkeiten hinwegzuräumen. An die erste Lesung könnte sich ja die zweite gleich anschließen.

Redner begründet seinen Antrag und weist an zahlreichen Präzedenzfällen nach, daß die Notwendigkeit dreier Lesungen eine unbestrittene ist, wohingegen die von der Kommission behandelten Materien sich im ursprünglichen Entwurf nicht befanden und also auch die erste Lesung nicht passiert haben. Er schließt mit der Hoffnung, daß gegen seinen billigen Vorschlag sich kein Widerspruch erheben werde, dann würde seine Partei sich auch selbstredend an den Beratungen beteiligen. (Lebh. Beif. links).

Präsident Graf Stolberg macht darauf aufmerksam, daß Reden zur Geschäftsordnung nicht länger als fünf Minuten dauern dürfen. (Heiterkeit). Er habe von dieser Bestimmung dem Vorredner gegenüber abgesehen und werde auch bei den folgenden Herren heute ausnahmsweise davon absehen. (Erneute Heiterkeit und Zustimmung.)

Abg. Singer. (Soz.) Ich bin dem Kollegen Bassermann persönlich dankbar, daß er mir die Vorbringung einer ganzen Menge Material erspart hat. Mit seinen sachlichen Ausführungen bin ich einverstanden, aber die Annahme seines Antrages würde die Forderungen der Geschäftsordnung nicht befriedigen. Dieser Antrag enthält gewiß ein freundliches Entgegenkommen gegen frühere Blockfreunde (Gr. Heiterk. b. d. Soz.), aber die Schwierigkeiten geht es in keiner Weise auf und ist in seiner Ausführung noch von sehr zweifelhaften Beschlüssen abhängig.

Nun zu unserm Antrag. § 2 der Geschäftsordnung sieht vor, daß Gesetzentwürfe bezw. Anträge **nach der Begründung der ersten Beratung unterzogen werden.**

Die Kommissionen stehen nicht über dem Plenum.

Sie haben die Aufträge des Plenums auszuführen und nur im Rahmen dieser Aufträge sind sie berechtigt, ihre Tagesordnung selbst zu regeln, wie § 30 es ihnen einräumt. (Lebh. Beifall auf der gesamten Linken.) Anders kann dieser Paragraph gar nicht verstanden werden. Gewiß haben die Kommissionen das Recht, Zeit und Stunde der Tagesordnung festzusetzen, aber keineswegs das Recht, ihnen gar nicht überwiesene Materien zu behandeln.

Gewiß haben die Kommissionen das Recht, der Abänderung und Ergänzung der Regierungsvorlagen, daher haben wir auch nicht die Absetzung der Verteuerung der Beleuchtungsmittel und der Zuckersteuer beantragt. Die Kommission darf aber nur Ergänzungen vornehmen, die mit der Vorlage in sachlichem, unmittelbarem Zusammenhange stehen. Wie man einen solchen Zusammenhang beim Kohlenausfuhrzoll, bei der Mühlenumsatzsteuer, dem Kaffee- und Teezoll, der Umsatz- und Wertzuwachssteuer und der Besteuerung der Wertpapiere herausbringen will, ohne der Sprache und der Logik Gewalt anzutun, darauf bin ich neugierig. (Zust. links.) Würde die Mehrheit hier die zweite Lesung der Kommissionsbeschlüsse durchsetzen, so wäre das

ein glatter Bruch der Geschäftsordnung.

Allerdings von seiten der Konservativen und des Zentrums haben wir gewissend erlebt, daß man **vor solchen Rechtsbrüchen nicht zurückschreckt.** Im Zolltarifjahre haben auch die Nationalliberalen mitgemacht. Aber da ein reuiger Sünder besser ist, als hundert Gerechte (Heiterkeit), so begrüße ich die Rückkehr der Nationalliberalen zu dem Grundsatz, daß die Geschäftsordnung befolgt werden muß und hoffe, daß diese Rückkehr eine dauernde bleiben möge.

Wenn man nach dem praktischen Erfolge fragt, der auf dem Spiele steht, so ist, sogar vom Standpunkt der Mehrheitsparteien, der Preis nicht des Einsatzes wert. Um einiger Tage willen wollen Sie in geradezu frevelhafter Weise die Geschäftsordnung aufs Spiel setzen und ein gefährliches Präjudiz schaffen? (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Wenn Sie die Geschäftsordnung respektieren, so brauchen Sie nur ein paar Sommertage länger in Berlin zu sitzen, wo es ja für die Herren so manche Zerstreuungen und Vergnügungen gibt. (Große Heiterkeit.) Ich bitte nochmals um Annahme unseres Antrags. (Lebh. Beifall.)

Abg. Frhr. v. Richthofen (kons.): Die Geschäftsordnung für die Kommission ist nicht dieselbe wie die Geschäftsordnung für das Plenum. Wenn sich Unstimmigkeiten über die Geschäftsordnung erheben, so entscheidet die Mehrheit. (Lauter Widerspruch links. Zurufe: Unglaublich!) Anders geht es nicht. Von einem Bruch der Geschäftsordnung kann in keiner Weise die Rede sein.

Abg. Müller-Meiningen (Freis. Vpt.): Auch wir wünschen die schleunige Erledigung der Finanzreform, aber wir können nicht zugeben, daß die Minderheit der Willkür einer zufälligen Mehrheit ausgeliefert wird. (Sehr richtig! links, Unruhe rechts.) Nach den Ausführungen des Herrn v. Richthofen kann die Mehrheit tun was sie will. Nach ihm könnte man in der Reichsfinanzreform das verknüpfen, z. B. die Wahlreform oder das Viehseuchengesetz. (Heiterkeit. Sehr richtig! links.) Alle Präzedenzfälle sprechen für unsere Auffassung. Es ist interessant, daß gerade die Rechte, welche die Initiativrechte des Reichstags nicht erweitern will, für eine ungemessene Erweiterung der Rechte der jeweiligen Mehrheit eintritt. Die Mehrheit hat nicht das Recht, die Geschäftsordnung zu umgehen, sondern höchstens, sie abzuändern. Nichts ist charakteristischer für den neuen Bund, für die Partei „für Wahrheit, Freiheit und Recht", als daß die erste Tat dieser machtlüsternen und ihre Machtstellung wieder einrückenden Zentrumspartei ein Attentat auf die Geschäftsordnung des Reichstags ist. (Gr. Unruhe im Zentr.) Wir protestieren gegen einen solchen Gewaltstreich. Wir stimmen für den Antrag Singer, und im Falle seiner Ablehnung für den Antrag Bassermann. (Lebh. Bravo! links.)

Abg. Frhr. v. Gamp (Rpt.) erklärt sich für den Antrag Bassermann.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Wenn eine Frage durch die Geschäftsordnung nicht entschieden ist, kann die Mehrheit beschließen, wie sie die Frage geschäftlich behandeln will. Deshalb ist die Auffassung des Herrn v. Richthofen richtig.

Abg. Geyer (Soz.): Herr v. Richthofen sagte, in der Kommission sei von uns nicht auf den § 21 der Geschäftsordnung hingewiesen worden. Ich habe bereits bei dem neuen Besitzsteuerantrag auf das Bedenkliche hingewiesen und zum Schluß haben wir dann einen ausdrücklichen Protest ausgesprochen. Dadurch erübrigte sich der Hinweis auf § 21. Sie sagen sich: **Macht geht vor Recht!** So haben Sie früher gehandelt, und auch heute wieder handelt es sich um einen offenen Bruch der Geschäftsordnung. (Zust. b. d. Soz.)

Abg. Erzberger (Zentr.) legt dar, daß in 18 Fällen Kommission und Plenum im Sinne der Mehrheit der Finanzkommission entschieden haben. (Zurufe links: Aber immer ohne Widerspruch!) Wenn Sie nicht wollen, daß ein einziges Mitglied die Arbeit einer großen Kommission lahmlegen darf, so müssen Sie zugeben, daß die Mehrheit entscheidet. (Sehr richtig! im Zentr.)

Abg. Singer (Soz.): Nicht die Mehrheit entscheidet über die Handhabung der Geschäftsordnung, sondern die Geschäftsordnung selbst. Wenn Sie wollen, daß die Mehrheit über die Auslegung der Geschäftsordnung auch gegenüber dem klaren Sinn der Geschäftsordnung **entscheidet, dann heben Sie die Geschäftsordnung selbst auf und proklamieren die Majoritätsherrschaft.** Nach Herrn Spahn müßte man einen Paragraphen in die Geschäftsordnung schreiben: Alles, was die geschäftsordnungsmäßige Verhandlung betrifft, ist in jedem einzelnen Falle von dem Willen der Majorität abhängig. (Sehr gut! links.) Es handelt sich hier um ein ganz wüstes **Ueberrumpelungsmanöver.** (Lebh. Beifall links.)

Der Antrag Singer wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt.

Für den Antrag Bassermann stimmt die Linke und die Reichspartei. Das Resultat ist zweifelhaft, der darauf vorgenommene Hammelsprung ergibt Ablehnung mit 186 gegen 116 Stimmen. Es wird also in die **zweite Beratung des Finanzgesetzes** eingetreten. Die Beratung beginnt mit der **Besteuerung der Wertpapiere.**

Abg. Dr. Weber (natl.) legt dar, daß diese Steuer ein Schlag gegen die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands ist. Die Regierung darf ihr nicht ihre Zustimmung geben. (Lebh. Bravo! b. d. Liberalen.).

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr.

Schluß 4 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegungen im Töpfergewerbe.

Der Königsberger Abwehrstreik der Ofensetzer, der bereits seit dem 1. Januar andauert, ist immer noch nicht beendet. Die Schuld daran trägt die bisher vorhandene, überaus ungünstige Geschäftskonjunktur und das Verhalten der Hirsch-

---

119] **Berthold Meryan.** [Nachdr. verb.

Roman von Cornelie Huygens.

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen.)

Als sie so aufgeregt sprach, hatte Rustin mit einer gewissen Gutmütigkeit leicht gelächelt, als ob ihn die jugendliche glutvolle Ueberzeugung, welche sich in ihrem ganzen Wesen ausdrückte, erquickt hätte. In seinen grauen Augen zeigte sich ein Glanz, ein schnelles inneres Aufleben, als ob er auf sich selbst zurückblickte in den Jahren, da er der ganzen Gesellschaft den Fehdehandschuh hingeworfen hatte. Dann kehrte der müde, leidende Gesichtszug, welcher ihm eigentümlich war, wieder zurück.

„Die große Kunst, welche jeder idealistisch veranlagte Mensch sich aneignen muß," sagte er langsam und traurig, „besteht darin, zu lernen, über alles Kleinliche um sich her nach dem weiten Lande seiner Vision hinveggzuschauen. Das eigene, persönlich Erlebte muß für ihn ganz verschwinden, dann erst wird er sich von dem Resultate seiner Arbeit Rechenschaft geben können."

„Hat Ihnen denn die Arbeit, auch die alltägliche, keine Befriedigung gewährt . . . und sind Sie nie auf die besseren Seiten der menschlichen Natur gestoßen?" fragte sie mit einer gewissen Spannung.

„Ei gewiß, aber leider habe ich meistens erfahren müssen, daß der schönste, unsere Arbeiter beseelende Eifer nachließ, wenn der Dämon des Besitzes sie in seine Gewalt bekam. Wenn Genossen durch unsere Bemühungen in bessere Verhältnisse gerieten, erkaltete gewöhnlich das Feuer ihrer Nächstenliebe, hörten sie auf, revolutionär zu sein und wurden sie allmählich reaktionär."

„Natürlich, weil derjenige, welcher die egoistischen Vorrechte, durch welche die heutige Gesellschaftsform erhalten wird, mitgenießt, dadurch demoralisiert wird . . . das meinen Sie doch gewiß auch?" bemerkte Anna lebhaft. „Und ist diese Erscheinung nicht gerade ein Beweis für die Richtigkeit der Auffassung, daß das religiöse Element — mit oder ohne Mystik, das muß jeder für sich selbst entscheiden — in der Arbeiterbewegung nicht länger fehlen darf? Trevor sagt so schön, es sollte nicht sein: „das Deine ist das Meine!" sondern im Gegenteil: „das Meine ist das Deine!"

„Damit hat er auch vollständig recht. Ich bin jedoch insoweit Materialist, daß die fortwährende Berührung mit der edelsten Betätigung des menschlichen Geistes in Verbindung mit Erblichkeit usw. die Empfindungsfähigkeit verfeinert und umgekehrt. Wie sollen aber diejenigen, welche durch Armut und durch einen Arbeitstag von 14 bis 18 Stunden, sowie durch die dadurch hervorgerufene Trunksucht ein Leben führen viel schlimmer als ein abgetriebener Karrengaul, wie sollen diese sich nur in irgend einer Hinsicht veredeln!"

„Aber Sonntags sind die christlichen Kirchen doch immer sehr zahlreich besucht und von den Ungebildeten jedenfalls am allermeisten. Dürfen wir daraus nicht schließen, daß der Mensch — selbst der gewöhnlichste, alltäglichste Mensch — ein Bedürfnis für Lebensschönheit hat, wenn vielleicht auch bloß theoretisch?"

Er schüttelte verneinend den Kopf.

„Die christliche und namentlich die katholische Kirche verspricht und bittet und fragt und droht sogar . . . und weiß ihre Angehörigen stets in Spannung zu halten . . . daher rührt ihre Kraft. Indessen . . . ich will Sie nicht entmutigen. Hoffen wir, daß unser nüchterner, prosaischer Volksgeist für die ethische und humanistische Schönheit der neuen Kirche allmählich empfänglich werden wird! Ich werde das Auftreten des Herrn Meryan insoweit vorbereiten, daß er eventuell auf aufmerksame Zuhörer rechnen kann. Von ihm selbst wird es abhängig sein, welchen Erfolg er für sein Ideal erzielen wird."

Da sie aus seiner Stimme herauszuhören glaubte, daß er die Unterredung beendigen möchte, stand sie sogleich auf, um seine kostbare Zeit nicht länger in Anspruch zu nehmen.

„Ich werde ihn also fragen, ob ich recht gehandelt habe, in seinem Namen zu reden, und Ihnen dann schreiben. Inzwischen will ich auf meine Weise auch für die Sache zu wirken suchen, indem ich in den Klubs der Fabrikmädchen und Atelierarbeiterinnen möglichst viel darüber rede und erzähle. Ich bin vorigen Sommer in London gewesen, um mich über die dortigen Frauenvereine näher zu unterrichten. Hier bei unseren Frauen und Mädchen scheitert leider alles an dem unseligen Mangel an Solidarität. Den gemeinschaftlichen Interessen auch nur das geringste Opfer zu bringen, gelt völlig über ihren Horizont. Aber sich gegenseitig zu verdrängen und zu unterbieten, das verstehen sie meisterhaft. Der Konkurrenzgeist, unter welchem sie aufgewachsen sind, steckt ihnen förmlich im Blut. Es ist wirklich durchaus notwendig, daß einmal ein höheres geistiges Leben in ihnen erwacht."

„Halten Sie sich nur stets an das Wort, daß der Glaube Berge zu versetzen vermag! Ich bin immer bereit, diejenigen, welche aufrichtig glauben, mit besten Kräften zu unterstützen. Auf mich können Sie also rechnen."

„Es macht mich glücklich, Meryan dies überbringen zu können," erwiderte sie, ihm dankbar die Hand reichend. „Er hat dieses Ergebnis sicher nicht erwartet."

„Warum denn nicht?" Und wiederum wurde sein Blick scharf und durchbohrend wie in den ersten Augenblicken ihres Dortseins.

Verwirrt blickte sie vor sich hin und überlegte sich, ob sie wohl den Mut hätte, ihren Gedanken ganz auszusprechen. Ihr Herz pochte. Sie fürchtete sich, den Mann, welchen sie bewunderte, zu verletzen, aber . . . vielleicht hätte es doch sein Gutes, wenn sie sich offen ausspräche. Sie atmete tief auf.

„Er hat es gemißbilligt, daß ich zu Ihnen ging, weil er Sie dahin verstanden zu haben glaubte, daß Sie bloß von der Aufstachelung der niedrigsten menschlichen Leidenschaften Heil erwarten . . . und deshalb der Arbeiterkirche entgegen arbeiten würden."

Für einige Augenblicke trat darauf Stillschweigen ein.

Baltian Rustin war zu sehr gewohnt, in den Herzen der Menschen zu lesen, als daß dieses naive arglose Mädchen ihm den Beweggrund ihrer Worte hätte verbergen können. Sie wollte ihn offenbar „bekehren" und zu einer andern Taktik bringen. Der Veteran der revolutionären Bewegung lächelte, so wie etwa ein Barrikadenkämpfer gelächelt haben würde, wenn ein kleines Kind ihm seine Waffe hätte entreißen wollen. Dennoch imponierte ihm der Mut ihres Auftretens gegen ihn, und es war ihm einleuchtend, daß sie aus einem andern Stoff geformt sein müßte wie die meisten übrigen Frauen.

„Sie dagegen überkam jetzt nach ihrer Mutsbestätigung ein Gefühl, als ob nur noch wenig erforderlich wäre, um in Tränen auszubrechen.

„Ihre Worte," sagte er darauf sehr sanft und freundlich, „beweisen mir mehr als alles übrige daß Ihr Freund für die Agitation nicht in die Wiege gelegt ist. Deshalb kann er meine Tätigkeit auch nicht begreifen . . . für ihn selbst vielleicht zum Glück . . ."

Er reichte ihr die Hand und begleitete sie bis zur Haustüre. Anna eilte darauf durch die belebten Straßen nach dem in der Nähe gelegenen Hauptbahnhof.

Trotz ihres Erfolgs war sie dennoch mit sich selbst unzufrieden, und machte sie sich Vorwürfe, gesagt zu haben, was besser verschwiegen geblieben wäre, und ihn ganz unnötigerweise noch mehr gegen Meryan eingenommen zu haben.

Sein Lächeln war ihr nicht entgangen, und sie hatte es wohl verstanden.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090622-12/fragment/page=0005

Dunckerschen, die sofort den von den Unternehmern aufgestellten, reduzierten Lohntarif akzeptierten, und sich so den Meistern als Streikbrecher zur Verfügung stellten. In neuerer Zeit drängt nun die Arbeit so, daß die Hirsch-Dunckerschen allein sie nicht bewältigen können, weshalb einige Aussicht auf Beendigung des Streiks vorhanden ist. Eine der „Friedensbedingungen" der Unternehmer, wonach die ausständigen Töpfer sich zum Hirsch-Dunckerschen Glauben bekehren müssen, haben sie bereits aufgegeben.

In Danzig ist es den Töpfern nach nochmaliger Verhandlung gelungen, dem alten Akkordtarif in allen Positionen wieder Anerkennung zu verschaffen, und ihn auf ein Jahr zu verlängern. — An der Hamburger Bauarbeiteraussperrung sind 176 Ofensetzer beteiligt. Die Hamburger Töpfermeister begehen mit dieser Maßnahme einen rigorosen Vertragsbruch, da die Ausgesperrten keinerlei Forderungen gestellt hatten, und der vorhandene Tarifvertrag noch Gültigkeit bis 1910 hat. — In Grunzenhausen währt der Kampf bereits vier Wochen. Da die Haltung der Ausständigen eine gute und die Konjunktur eine günstige ist, so dürfte der Kampf siegreich enden. — Der Abwehrstreik in Elbing währt bereits acht Wochen. — In Eberswalde gelang es den Töpfern, nach einem dreitägigen Streike die Akkordlöhne um 5 Proz. und die Stundenlöhne um 5 Pfg. aufzubessern. — In Bischofswerder befinden sich die Scheibentöpfer im Streik. Die Ausständigen finden nirgends in der Oberlausitz Beschäftigung, was auf ein geheimes Abkommen der Tonwarenfabrikanten zurückzuführen ist.

Ein neuer Unternehmerverband.

Die selbständigen Konditoren hielten in Kassel ihren 28. Verbandstag ab, um einen Deutschen Verband der Konditoren zu gründen. Dieser Verband ist nun auch unter dem Namen Verband Deutscher Konditoren-Innungen ins Leben gerufen worden. Wie ein Diskussionsredner betonte, soll der Verband ein Gegengewicht gegen den Bäcker-Verband Germania bilden.

Maßregelungen auf Radbod.

Auf Zeche Radbod wurden einige Bergarbeiter, die in dem Radbodprozesse der Arbeiterzeitung ungünstig für die Zechenverwaltung ausgesagt hatten, zu Ende d. Mts. gekündigt unter der Motivierung, daß die Zechenverwaltung sich ihre Kolonien nicht besudeln läßt.

Als ob da überhaupt noch viel zu „besudeln" wäre! —

Es hat geholfen!

Nach sechswöchiger Dauer wurde gestern durch Vermittlung des Oberbürgermeisters Goettelmann der Streik bei der Mainzer Aktienbrauerei und der Union-Brauerei in Groß-Gerau beendet und der Boykott aufgehoben. Die Arbeiter erhielten Aufbesserungen.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 21. Juni 1909.

Die Ausschreibung des Wahltermins,

die bekanntlich nach § 34 des Wahlreglements sofort zu erfolgen hat, läßt ungebührlich lange auf sich warten. Bereits sind zwei Wochen seit dem Ableben des Reichstagsabgeordneten Schmidt verstrichen und noch immer haben die Herren vom grünen Tisch sich nicht veranlaßt gesehen, dieses „sofort" in die Tat umzusetzen.

Allerdings ist uns nicht ganz unbekannt, daß die Puttkammerschen Maximen noch heute den Gang der schwerfälligen Maschine St. Bureaukratismus beeinflussen, wonach mit dem „sofort" nur die Ungebundenheit des jeweils über diese Dinge Bestimmenden konstatiert werden sollte, aber gar so auffällig braucht man die Ausartung dieser Ungebundenheit denn doch nicht demonstrieren, die Wähler wissen ohnehin schon, daß man es macht wie's gerade trifft. In Wahlkreisen, die bombensichere Domänen „nationaler" Parteien, das Zentrum eingerechnet, bedeuten, hat man denselben Herrn Bureaukratius schon überraschend schnell arbeiten sehen. Für Halle freilich, wo nur der bösartigste Kaffern- und Reichsverbandsrummel der Sozialdemokratie gegenüber noch einmal verfing, scheinen die Mühlen der Regierung wesentlich gemächlicher zu klappern. Aber wenn man glaubt, daß die auf einen jammervoll niedrigen Stand angelangten Aktien der bürgerlichen Parteien durch die Hinauszögerung des Wahltermins bezw. seines Ausschreibens verbessert werden können, dürfte man doch einem krankhaften Optimismus verfallen sein.

Nun sollte das alles in einem geregelten Staatswesen ohne Einfluß auf die Festsetzung einer Ersatzwahl zum Reichstag sein. Hierbei kommt das Interesse der Gesamtheit der Wählerschaft in Betracht. Und dieses gebietet, daß ihre Vertretung im deutschen Reichsparlament nicht länger ruht, als unbedingt nötig ist. Die paar Formalitäten, die zur ersten Vorbereitung nötig sind, Ernennung eines Wahlkommissars usw. braucht man überhaupt nicht zu erwähnen. Wie lange die Aufstellung der Wählerlisten dauert, weiß gleichfalls die Behörde jedes Ortes; Wahllokale, Wahlvorsteher usw. werden immer erst später ernannt. Alles übrige ist durch Vorschriften genauestens geregelt. Warum zögert man also?

Auch im bürgerlichen und geschäftlichen Leben spielt der Wahltermin eine Rolle. Je eher er bekannt je besser für alle Beteiligten. Man möge sich gefälligst am grünen Tisch aufraffen und die Vorschriften des Gesetzes sinngemäß ausführen. Wenn es im § 34 des Wahlreglements heißt: Der Wahltermin ist sofort anzuberaumen, ist damit nicht ein „sofort" der Bureaukraten gemeint, die es einen Tag vor der Verjährung auf das amtliche Zustellungskuvert schreiben.

Achtung, Steinsetzer.

In bürgerlichen Blättern werden Steinsetzer nach einem Orte in der Nähe von Chemnitz gesucht zur Herstellung von 5000 qm Kleinpflaster. Vor Annahme dieser Arbeit wird gewarnt, da es sich hier offenbar um Streikarbeit handelt. Es sind Dresdener Unternehmer, die auf diese Art Streikbrecher suchen.

Aufgehobene Sperre.

Der Verband der Töpfer, Filiale Halle, gibt bekannt, daß die Sperre über die Firma Brandt hierselbst aufgehoben ist. Der Firmeninhaber hat ein Schreiben unterzeichnet, wonach er sich verpflichtet, den Tarif nach wie vor innezuhalten und keine Maßregelungen stattfinden zu lassen.

Wiederholte Petition der städtischen Rektoren, Lehrer und Lehrerinnen.

Unterm 19. d. M. haben die städtischen Rektoren, Lehrer und Lehrerinnen von neuem eine Petition an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung gerichtet, in der sie um Erfüllung der in ihrer Bittschrift vom 25. Februar d. J. ausgesprochenen Wünsche bitten. Die neue Petition hat folgenden Wortlaut:

„Nachdem das „Gesetz über das Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen vom 26. Mai 1909" in Kraft getreten ist, hat der hiesige Magistrat in dankenswerter Weise beschlossen, die für die 3. und 4. Stufe der Alterszulage vorgesehene Erhöhung demnächst zur Auszahlung zu bringen und sie auch den Mittelschullehrern vom 1. April 1908 zu gewähren. Leider sind in der betreffenden Vorlage die in unserer Bittschrift vom 25. Februar d. J. in bezug auf Orts- und Amtszulagen ausgesprochenen Wünsche nicht berücksichtigt worden. Infolgedessen sind die eintretenden Erhöhungen unserer Gehaltsbezüge so geringfügig, daß sie der durch die herrschenden Teuerungsverhältnisse geschaffenen Notlage durchaus nicht abhelfen können, um so weniger, als eine im vorigen Jahre erbetene Teuerungszulage uns nicht gewährt worden ist. Wir richten deshalb an den Hochlöblichen Magistrat und an die Hochlöbl. Stadtverordnetenversammlung von neuem die Bitte, die in jener Bittschrift ausgesprochenen Wünsche auf Gewährung von Orts- und Amtszulagen bereits für dieses Jahr geneigtest erfüllen zu wollen. Zugleich bitten wir im Interesse der jüngeren Lehrer, die nach der Magistratsvorlage jetzt überhaupt keine Aufbesserung ihrer Gehaltsbezüge erfahren würden, weil sie an der Erhöhung der Alterszulagen noch nicht beteiligt sind, die Mietsentschädigung schon jetzt und zwar vorläufig in der Höhe des gesetzlichen Mindestsatzes nachzuzahlen. Unterschriften."

Die in der Bittschrift vom 25. Februar d. J. ausgesprochenen Wünsche der Rektoren, Lehrer und Lehrerinnen gingen dahin, ihnen — außer den gesetzlich bestimmten Beträgen an Grundgehalt und Alterszulagen und außer der durch Beschluß des Provinzialrats festzusetzenden Mietsentschädigung — vom 1. April d. J. ab zu gewähren:

1. an Ortszulagen:

a) den Rektoren und Lehrern 800 Mk. (beginnend im fünften Dienstjahre mit jährlich 400 Mk. und steigend bis zum Höchstbetrage von 800 Mk. spätestens im 23. Dienstjahre);

b) den Lehrerinnen 380 Mk. (beginnend bei definitiver Anstellung mit jährlich 180 Mk. und steigend bis zum Höchstbetrage von 380 Mk. im elften Dienstjahre);

c) den technischen Lehrerinnen 50 Mk. bei definitiver Anstellung;

2. an Amtszulagen:

a) den Lehrern und Lehrerinnen der Mittelschulen eine pensionsberechtigte Zulage in solcher Höhe, daß ihr Gesamtgehalt nicht geringer ist als das der entsprechenden Lehrerkategorien der hiesigen städtischen höheren Mädchenschule, mit denen sie bisher auf Grund gleicher Vorbildung und Arbeitsleistung gehaltlich gleichgestellt waren;

b) den Rektoren der Mittelschulen eine pensionsberechtigte Zulage von 1200 Mk. zu dem Gehalt der ihnen unterstellten geprüften Mittelschullehrer;

c) den Rektoren der Volksschulen eine ebensolche Zulage zu dem Gehalt der städtischen Volksschullehrer.

Die Absendung der vorstehend wiedergegebenen Petition wurde beschlossen in der letzten Versammlung des Lehrervereins. Dort wurde ausgeführt, daß die durch das neue Besoldungsgesetz bewirkte Aufbesserung der Lehrergehälter im einzelnen nur ganz geringe Beträge ausmache. So würden von etwa 400 Lehrern in Halle 84 überhaupt keine sofortige Zulage, 53 jährlich 50 Mk. und 260 jährlich 100 Mk. erhalten. Dadurch ist ein Ausgleich für die herrschenden Teuerungsverhältnisse natürlich nicht geschaffen. Der Lehrerverein hält es daher für eine unbedingte Notwendigkeit, daß ausreichende Ortszulagen schon in diesem Jahre gewährt werden und nicht, wie vom Magistrat vorgesehen, erst im nächsten Jahre.

Die Besoldungsgesetze bieten ihren Grundgedanken nach ein getreues Bild von der reaktionären Gestaltung des preußischen Dreiklassenhauses. Da werden den Volksbildnern, den Lehrern an Volks- und Mittelschulen winzige Brocken als „Aufbesserung" hingeworfen, während die Beamten, denen man im Gegenwartsstaat mehr „Wert" beimißt, z. B. Gendarmen und Förster ausgiebig bedacht werden. Vielleicht empfinden die Geschädigten auf diese Art, daß das Preußen-Deutschland von heute ein bildungs- und kulturfeindlicher Faktor ist.

Neues vom Feierabend.

Der um das Wohl der arbeitenden Volksklassen angeblich so besorgte Herr Meyer in Leipzig, in dessen Besitz sich das berü—hmte „Wohlfahrtsunternehmen" Feierabend befindet, wird „kleine" Mängel in seinem Versicherungsgeschäft hinweisen, damit er in der Lage ist, die bessernde Hand anlegen zu können. Ganz wie die Wohlfahrt des arbeitenden Volkes es erfordert.

War da eine Familie W. in Halle seit sieben Jahren Abonnentin des edlen Feierabend. Sieben lange Jahre hindurch zahlte sie treu und brav ihren Versicherungs- pardon! Abonnementsbeitrag in der Zuversicht, daß wenn ja einmal das Unglück in Gestalt eines Unfalles bei der Familie einkehren sollte, der gute Meyer in Leipzig schon mit seiner Unterstützung einspringen werde. Das Unglück kam. Im vorigen Winter wurde das Familienhaupt, wie zahllose andere arbeitslos. Der Mann hatte aber „Glück", er wurde bei der städtischen Müllabfuhr angenommen. Aber nur zwei Tage konnte er diesem Verdienst nachgehen. Bei dem ungewohnten Werk ereilte ihn ein Unfall: ein eiserner Müllkasten fiel ihm auf die Brust und führte innere Verletzungen herbei. Der Mann kam ins Krankenhaus und wurde nach etwa sechs Wochen als geheilt entlassen. Bei Arbeitern heilt's bekanntlich immer schnell und vollständig. Aber es war ein Haken bei der Heilung. Zwar hatte der Arzt des Elisabeth-Krankenhauses den Wiederhergestellten als vollständig geheilt entlassen, nichtsdestoweniger aber bemerkt, daß dieser nur noch für leichte Arbeit voll brauchbar sei. Es sei eingeschaltet, daß der angeblich völlig Geheilte heute noch Schmerzen in der Brust verspürt, besonders wenn er sich auch nur irgendwie anstrengt. — Wo nun aber im Winter während der Krise leichte Arbeit finden, wo Tausende Arbeitsloser mit Gier nach der schwersten Arbeit greifen würden, wenn sie sich ihnen nur bieten wollte? —

Aber wozu hat man solange an den Feierabend-Verlag bezahlt? Ein Unfall liegt vor, der dauernde Schaden macht sich für den Verunglückten nur zu quälend bemerkbar, also wird dem Feierabend der Fall gemeldet, bald nachdem das Unglück geschehen. Der Verlag gibt sich, wie bekannt, mit solchen Sachen nicht ab, dafür ist die Nürnberger Lebensversicherungs-Bank da. Deren Antwort — ein gedrucktes Formular — ist charakteristisch genug, um einmal wiedergegeben zu werden:

„Wir empfingen die Anzeige über den Ihnen zugestoßenen Unfall und übersenden Ihnen hierneben unter Vorbehalt unserer Rechte ein Schaden-Anmeldungsformular mit dem Ersuchen, dasselbe auszufüllen und umgehend an uns direkt nach hier einzuschicken.

Hochachtungsvoll!

Nürnberger Lebensversicherungs-Bank."

Man beachte: Unter Vorbehalt unserer Rechte! Von diesem Augenblick an beginnt die — sagen wir: Vorsicht des Feierabendverlages auch für den Abonnenten offenkundig zu werden. Während in den Versicherungs- und Abonnementsbedingungen alle Klauseln und Hintertüren mit einem Brimborium wohlüberlegter Redensarten verbrämt sind, sagt man von der Minute an, wo der Abonnent nicht mehr als Geber, sondern als Forderer auftritt, die Wahrheit dahin, daß es sich um ein Geschäft im übelsten Sinne des Wortes handelt. — Nun, was verlangt wurde, ging an die Bank. Ein paarmal pendelten Frage und Antwort hin und her. Atteste wurden verlangt usw. Schließlich hieß es am 11. Mai:

„In Ihrer Schadensache haben wir festgestellt, daß Ihr Unfall vom 7. Januar 1909 eine voraussichtlich lebenslänglich dauernde Invalidität nicht zurückgelassen hat.

Da sich die Versicherung der Nach Feierabend-Abonnenten u. a. nur auf die infolge Unfalles zurückgebliebene lebenslänglich dauernde Erwerbsbeschränkung erstreckt, so haben wir keine Verpflichtung, Ihnen im vorliegenden Falle eine Entschädigung zu zahlen.

Die Frage, ob die sonstigen Versicherungsbedingungen erfüllt sind, kann unter diesen Umständen unerörtert bleiben.

Hochachtungsvoll!

Nürnberger Lebensversicherungs-Bank."

Es ist immer die alte Geschichte: Verlag und Versicherungsbank haben recht und der Versicherte bezw. Abonnent unrecht. Eine dauernde Invalidität ist nicht festgestellt, ergo Abonnent, bekommst du nichts. Fragt man sich, wie es möglich ist, einen Mann, der infolge Unfalles dauernde innere Schmerzen verspürt und nur noch zu leichter Arbeit fähig ist, als nicht beschränkt in seiner Erwerbsfähigkeit zu erklären, dann gibt es nur die eine Antwort: Er ist nur ein Arbeiter!

Was es mit der einfältigen Renommisterei von den angeblich bisher vom Feierabend ausgezahlten 6 Millionen Mark auf sich hat, beweist u. a. die Tatsache, daß noch nicht der vierte Teil der beim Verlag angemeldeten Unfälle eine Entschädigung erhielt, d. h. wenn die vom Feierabend selbst angegebenen Zahlen richtig sind. Und wir haben keinen Anlaß, diesen Angaben mehr zu glauben, wie jeder andern Reklame. Von rund 200 000 angemeldeten Unfällen sind zwischen 40 bis 50 000 berücksichtigt worden. Mehr kann selbst der Verlag nicht herausrechnen. Gegenüber den wenigen, die der Reklame wegen eine Entschädigung erhielten, stehen die vielen Enttäuschten, die nichts bekamen. Das muß doch selbst dem Vertrauensseligsten die Augen öffnen!

Die erwähnte Familie will nun natürlich nichts mehr von ihrem Leib- und Magenblatt seit sieben Jahren wissen. Sie erkennt, daß es weggeworfenes Geld ist, welches sie dem Feierabend zuwandte. Diese Erkenntnis dringt aber auch allmählich in immer weitere Kreise und macht die Sache des Feierabend und Volkshort schwieriger als vordem. Die Anreißer und Vermittler des Feierabend müssen sich die Hacken ablaufen. So stellte sich bei der geschädigten Familie kurz nach Abweisung ihrer Ansprüche ein Agent ein, um sie als Abonnentin des — Feierabend zu gewinnen. Er ist aber heil auf der Straße angelangt. . . .

Hoffentlich warten nicht alle Arbeiter und Arbeiterfrauen, die ein derartiges Blatt halten, die gleichen traurigen Erfahrungen ab, sondern besinnen sich vorher, daß solches Schundzeug, wie der Feierabend oder der Volkshort, nicht in Arbeiterfamilien gehört. Zeit dazu wär's schon, daß der Millionär Meyer in Leipzig veranlaßt würde, seine Schäflein, die er scheren will, in andern als Arbeiterkreisen zu suchen.

Eine schwere Bluttat

setzte heute in der Frühe die Bewohner des Hauses Blumenstraße 13 in Angst und Schrecken. In einer Kammer des obersten Geschosses schliefen zwei junge Mädchen, die im Hause bedienstet sind. Eine von ihnen, 24 Jahre alt, hatte ziemlich zwei Jahre mit einem in der Eisenbahn-Zentralwerkstätte beschäftigten Schmied verkehrt. Vor kurzem war sie verreist und hatte von auswärts an den Schmied, der 27 Jahre zählt, einen Abschiedsbrief gelangen lassen. Dies muß den jungen Mann in furchtbare Erregung gebracht haben. Heute in den ersten Morgenstunden wußte er sich von der Gartenseite her Eintritt in das Haus zu verschaffen, worauf er in die Kammer der Mädchen eindrang. Was dort vorgegangen ist, war von uns noch nicht zu ermitteln. Um ½5 Uhr hörten Hausbewohner plötzlich einige Schüsse fallen und vernahmen Hilferufe. Als ein im Souterrain wohnender Mann darauf in den Hof eilte, stürzte sich eins der jungen Mädchen in der Angst von oben aus dem Fenster und blieb im Hofe mit verstauchten Beinen liegen. Oben im Kammerfenster aber saß der Schmied, dem der unten stehende Mann zurief, was er beginne. Darauf antwortete der Schmied u. a.: „Ich bin bei vollem Verstande!" und schoß sich eine Kugel in die rechte Schläfe, worauf er zurücksank. Als man in die Kammer eindrang, fand man den Schmied entseelt, seine Geliebte von drei Schüssen getroffen blutend und bewußtlos vor. Ein Schuß hatte die Lunge, ein anderer den Arm am Ellbogen getroffen. Gegen mittag lebte das junge Mädchen noch, ob es möglich ist, sie am Leben zu erhalten, ist noch nicht gewiß.

* **Ausflug.** Die Mitglieder des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands, Filiale Halle, unternehmen am Donnerstag, den 24. Juni, einen Ausflug in den Harz. Abfahrt Bahnhof Halle früh 4,46 Uhr, Trotha 4,57 Uhr, Ankunft in Thale 7,52 Uhr. Die Fahrt geht nach Thale, von da zu Fuß nach Gernrode, wo beim Genossen Trautewein Mittagsrast gemacht wird. Fahrt 4. Klasse bis Thale 2,10 Mk., zurück von Gernrode 1,80 Mk. Mitglieder, Freunde und Parteigenossen sind freundlichst zur Teilnahme eingeladen.

* **Matinee der Thonberger Sänger.** Den Freunden der Sangeskunst unter der Arbeiterschaft Halles ist die prächtige Sängerschar aus der Halbmillionenstadt an der Pleiße nicht mehr unbekannt. Viele haben sie hier oder drüben in Leipzig, oder anderswo gehört, wo immer festliche Gelegenheiten die Entfaltung vollendeten Männergesanges forderte. Und freudig kehren alle ein, wenn sie wissen: die Thonberger Sänger sind da! So auch gestern, wo im großen Saal des Volksparks eine stattliche Zuhörerzahl dem auf höchster Stufe stehenden Chore lauschte.

Beinahe war das Programm für eine Matinee zu freigebig. Neue, zum Teil umfangreiche Männerchöre und dazwischen vier Soloquarttete, bei denen man von vornherein wissen konnte, daß ohne Zugabe das Publikum die Sänger nicht abtreten ließ. Gleichviel. Es dürfte kaum einer im Saal gewesen sein, der nicht bereit gewesen wäre, noch weiter zu lauschen. Die nicht zu überbietende Ausgleichung und Abwägung der einzelnen Stimmen gegeneinander, in denen jeder fremde Klang ausgemerzt ist und die jede zur Zeit hervortraten, zurückebben oder mit andern zu dramatischer Wucht vereinigen, wie der Charakter des Gesangstückes es verlangt; die ganz wundervolle Dynamik im Chor, der ein zum Hauch ersterbendes Piano und der Donnerruf des Titanengesanges

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090622-12/fragment/page=0006

in gleicher Vollendung zu senken ist; die Traktion, mit der Stimmeneinsatz, Ausklang und Verschlingung erfolgten und noch viele andere Vorzüge zwangen jeden Hörer in ihren Bann.

Unmöglich ist, das Programm im einzelnen durchzusprechen. Greifen wir die gewaltige Hegarsche Ballade Rudolf von Werdenberg heraus, die wir in gleich ausgezeichneter Weise kaum jemals vorgetragen hörten. Die Ballade in dieser Auffassung hinterläßt denselben mächtigen Eindruck wie eine dramatische Sturmszene aus Shakespeares Königsdramen. Erst die träumerisch wehmütige Exposition der ersten Strophe, deren Vertonung aber doch ein Ahnen wach werden läßt von der kommenden Geisterschlacht. Tenor und Bässe schlingen sich durch und um einander wie des Efeus grüne Ranken am verfallenen Grafenschloß. Dann die gespenstig-tiefe Ueberleitung zum Weben und Erwägen der zweiten Strophe. In ihr steigert sich der Chor zum Jubelruf, der den emporschwebenden Helden begrüßt. Dann stürmt, immer in Tönen, die Handlung vorwärts zum Höhepunkt, zur Schlacht, zum Sturm und zur Katastrophe, die des falschen Montfort Todesnot bringt. Und dann der ganz herrliche Ausklang in Märchenschwermut und Sagengrau. Das alles drang in des Hörers Ohr und es war nur zu begreiflich, daß gerade nach dieser Prachtleistung sich ein wahrer Beifallssturm erhob. — Aber das war nur eins. Alle andern Leistungen standen auf gleicher Höhe.

Vom Soloquatett hörten wir sechs Vorträge, die alle durch lebhaften Applaus ausgezeichnet wurden. Wohl verdient, wie wir hinzufügen. Unter denen, die am wenigsten mit dem Beifall kargten, befanden sich just die Kenner. Es ist nicht mehr als billig, wenn wir hier des trefflichen Dirigenten, Herrn Michael gedenken, der auch gleichzeitig als Baritonist im Quartett wirkt. Seiner Leitung verdanken diese Arbeitersänger ihre wirkliche Volkskunst.

Nach dem Konzert und dem gemeinschaftlichen Mittagsmahl unternahmen die Sänger eine Fahrt nach Neu-Ragoczy, die zu aller Zufriedenheit verlief. Am Abend fand im Garten des Volksparks ein Kommers statt, den die Halleschen Arbeitersänger und das Michaelsche Soloquartett durch mehrere Lieder verschönten.

Eine kleine Episode von der Ankunft der Sänger ist nachzutragen, obwohl sie weniger neu, als selbstverständlich ist — für Halle. Als die Leipziger Sänger gegen 8 Uhr früh auf dem hiesigen Bahnhof eintrafen, begrüßten sie in der Vorhalle die Mitglieder des Arbeitersängerchors von hier mit einem Liede. Die Thonberger antworteten fröhlich, aber als sie noch nicht geendet, nahte der preußische Beamtenspiritus in Gestalt einiger Stationsangestellter, die sich mürrisch die unprogrammmäßige Störung verbaten. Die Sänger indes nahmen den Uniformierten ihre unhöflichen Worte nicht übel — vielleicht befanden sich unter den Zürnenden etliche gewesene Militäranwärter — sondern bedankten sich freundlichst für die Freundschaft des Bahnhofs und marschierten ab. Diesmal aber stille, denn draußen stand die — Polizei. . . .

* **Die Urliste** der in Halle wohnenden Personen, welche zu dem Amt eines Schöffen oder Geschworenen berufen werden können, liegt von heute bis einschließlich 28. Juni 1909 innerhalb der Geschäftsstunden im städtischen Bureau VIII, Königstraße 1 p. l. (Eingang Kurze Gasse) zu jedermanns Einsicht aus. Gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Liste kann während dieser Frist Einspruch im obigen Bureau erhoben werden.

* **Zinsenzahlung.** Für die bei der Stadthauptkasse niedergelegten Wertpapiere werden die am 1. Juli fälligen Zinsen von heute ab vormittags von 8 bis 1 Uhr in der Stadthauptkasse (Rathaus, Zimmer 6) ausgezahlt. Die Hinterlegungsbescheinigung ist als Ausweis vorzulegen.

* **In der Walderholungsstätte Heide** sind gegenwärtig 108 Personen anwesend. Die weiblichen Besucher überwiegen bei dieser Zahl.

* **In der Heide** ist in letzter Zeit die Tätigkeit roher Menschen wieder besonders fühlbar geworden. Es sind Bänke verunreinigt oder gar zerstört worden. Das Publikum sollte immer, wenn es solche Vandalen trifft, eine Art Selbsthilfe üben, d. h. dafür sorgen, daß diese angezeigt werden.

* **Auszeichnung.** Der Firma E. Hagenmüller, Hartha, Sachsen, wurde auf der 2. großen Fach-Ausstellung des Deutschen Drogisten-Verbandes in Halle für ihr millionenfach bewährtes Produkt: Fleisch- und Fischgewürz: Allerlei die silberne Medaille zuerkannt.

* **Operetten-Saison im Apollo-Theater.** Heute, Montag, geht zum zweiten Male Der lustige Krieg von Joh. Strauß in Szene. Den Marchese Filippo singt zum ersten Male Heinrich Bertini. Die übrige Besetzung ist die gleiche wie bei der Premiere. Dienstag, den 22. Juni gelangt Der Opernball zur Aufführung. Herr Karl Theumann wird zum ersten Male den Paul Aubier singen. Die übrigen Hauptrollen verbleiben in der gleichen Besetzung wie bei den bisherigen Aufführungen.

* **Der lustige Krieg** von Johann Strauß erlebte am Sonntag im Apollotheater seine Erstaufführung. Der von Zell und Genée verfaßte, an manchen Stellen recht lederne Text der Operette wird erst durch die prickelnde reizvolle Musik Strauß' genießbar gemacht. Die Aufführung, die unter Leitung von Kapellmeister Sonnabend stand, konnte sich sehen lassen. Bei einer Wiederholung wird die noch vorhandene Unsicherheit überwunden sein, wodurch die Aufführung noch an Frische gewinnen dürfte. — In der Rolle des eitlen, geschwätzigen Marchese konnte Alfred Landory Proben seiner gereiften Kunst nur in bescheidenem Maße bieten. In der Darstellung ebenso vorzüglich wie im Gesang, mußte er sich bei dem Liede: Nur für Natur . . . zu einem da capo gestehen. Der Gräfin Violetta verlieh M. Zimmer in Gestalt und Stimme Chance, den flotten Reiteroberst Spinola gab Otto Stellen in Gesang und Darstellung gleich vortrefflich. Karl Theumann verstand dem holländischen Zwiebelhändler rührende und dem Pseudoherzog lächerliche Seiten abzugewinnen, Else, sein Weib, hatte in Amelie Langer eine Vertreterin gefunden, die durch ihr natürliches Spiel und ihren ansprechenden Gesang angenehm auffiel. Anny Selhofer kommandierte als Fürstin Malaspina ihr Amazonenkorps mit der Schneid eines alten Generals. — Die Regie führte Anton Pratl. Die Dekoration war als neu angekündigt; manches an der Ausstattung war zu „neu", so der Tisch wie auch der eiserne Gartenstuhl und die „Musketen". Vielleicht ersetzt man wenigstens den Gartenstuhl, der ganz besonders störend wirkt, durch einen Schemel! Das vollbesetzte Haus raste Beifall.

* **Während der Fahrt erschossen** hat sich ein junger Mann, der mit dem Frühzuge von Leipzig nach hier fuhr. Der 20jährige Mensch saß in einem ziemlich besetzten Kupee 4. Klasse und richtete zwischen Gröbers und Halle die Waffe vor den Augen seiner entsetzten Mitfahrenden auf sich. Die Personalien des Toten sind noch nicht festgestellt. Die Leiche wurde nach dem Südfriedhof geschafft. Motiv zur Tat ebenfalls unbekannt.

* **Eine schwere Schlägerei** spielte sich in vergangener Nacht an der Ecke Meckelstraße und Magdeburgerstraße ab. Ein Bahnarbeiter und ein Ingenieur waren in Streit geraten, in dessen Verlauf der erste dem Gegner mit einem Bierglas an den Hals schlug, daß das Blut hervordrang. Darauf entriß der Geschlagene dem Bahnarbeiter den Stock und schlug unbarmherzig auf diesen los, bis dieser aus mehreren Kopfwunden blutete. Trotz der späten Stunde, zwischen 2 und 2¼ Uhr, sammelten sich zahlreiche Menschen an, die vergeblich Polizei herbeizurufen suchten.

* **Druckfehlerberichtigung.** In dem Artikel Kirchliches in der Sonnabendnummer ist ein sinnentstellender Druckfehler unterlaufen. Die Ziffer in der 2. Spalte oben muß heißen 237 119, nicht das Tausendfache von dem was verzeichnet steht.

Döllnitz, 19. Juni. Als ein recht aufdringlicher Mensch erwies sich im Mai d. J. der Grubenarbeiter Valentin Cicilack von Osendorf, der vorbestraft ist und heute vor dem Schöffengericht Halle wegen Hausfriedensbruchs, Bedrohung, Widerstandes und Körperverletzung angeklagt war. Der etwa 20jährige Mensch hatte wiederholt versucht in die Arbeiterinnenkaserne des Döllnitzer Gutes hineinzukommen, obwohl sich die dort einquartierten Mädchen dies entschieden verbaten. Eines Tages mußte er von dem Gendarm mit Gewalt hinausgebracht werden. Dabei leistete er Widerstand. Am 23. Mai wollte er aber trotzdem wieder in die Kaserne. Als ihn die Mädchen wiederum zurückwiesen, nahm er einen mit Wasser gefüllten Eimer und begoß die Mädchen damit. Schließlich schlug er ein schwangeres Mädchen mit dem Eimer gegen die Brust und warf einem anderen Mädchen den Eimer gegen den Kopf. Der rohe Mensch wurde zu zwei Monaten und zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Ammendorf, 21. Juni. Wochenmärkte sollen in unserem Orte demnächst eingerichtet werden. Die nächste Gemeinde-Vertreter-Sitzung soll sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen und eventuell den Tarif für das Marktstandgeld festsetzen.

Aus den Nachbarkreisen.

Naumburg-Weißenfels-Zeitz.

An die Parteigenossen!

In Weißenfels ist der Dr. Rubensohn — bisher eingeschriebenes Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins — mit einigen Genossen, die zugleich Vorstandsmitglieder einer Ortskasse sind, in Streit geraten. Wir haben keine Ursache, uns um diesen Streit zu kümmern. Dr. Rubensohn hat die Vorstandsmitglieder verklagt und u. a. als Grund des Streites angegeben, daß die Vorstandsmitglieder Sozialdemokraten sind, während er ein ausgesprochener Feind der Sozialdemokratie sei. Wir stellen nun fest, daß Dr. Rubensohn seit etwa 1¼ Jahr Mitglied unseres Sozialdemokratischen Vereins ist und daß er selbst angegeben hat, u. a. auch in einer Reihe Briefe und Postkarten, daß er bereits 12 Jahre Mitglied der Partei sei! Er hat viele Vorträge gehalten und hat viele leitenden Genossen im Kreise und auswärts wiederholt ersucht, ihn Vorträge halten zu lassen. Dr. Rubensohn hat sich also seit Jahren als Parteigenosse gegeben. Wenn er heute seinem Rechtsanwalt das Gegenteil mitteilt, ist das eine Handlungsweise, die zu verantworten wir ihm überlassen. Da aber bis heute Dr. Rubensohn sich aus unserem Verein nicht abgemeldet hat, **so haben wir ihn heute aus unserem Sozialdemokratischen Verein ausgeschlossen.**

Der Zentralvorstand. J. A.: A. Leopoldt.

Das Parteifest in Zeitz

welches am gestrigen Sonntag abgehalten wurde, nahm einen großartigen Verlauf. Zum ersten Male war auch in Zeitz den Sozialdemokraten der Umzug durch die Straßen gestattet worden und wir können sagen, daß die Arbeiter auf dem Posten waren. Aus allen Orten des Wahlkreises — mit Ausnahme von Naumburg — kamen die Genossen und Genossinnen herbei, jeder der Mittagszüge war überfüllt. Die Aufstellung in der Tiergartenstraße reichte bis in den Tiergarten hinein. Es sind weit über 4000 Männer und Frauen gewesen, die an dem Zuge teilnahmen. Es war ein imposanter Anblick, dieser Zug der Arbeiter. Eröffnet wurde er von mehreren Hundert Radfahrern, dann folgten die einzelnen Ortsvereine. Auch die Frauen waren ziemlich stark vertreten. Fahnen wurden im Zuge allerdings nicht mitgeführt, das leuchtende Rot hätte Unheil stiften können. Den Zeitzer Bürgern ist wohl noch kein solcher Zug zu Gesicht gekommen, eine solche Teilnehmerzahl hatten sie wohl kaum erwartet. Die Polizei verhielt sich sehr ruhig, unsere Ordner wußten schon Ordnung zu schaffen.

Im Festlokal Wilhelmshöhe waren weit über 5000 Personen versammelt. Leider reichte selbst der dort vorhandene Platz nicht aus, so daß ein Teil der Festteilnehmer sich nach Lokalen in der Stadt begeben mußte. Musikvorträge und Gesänge der Arbeitergesangvereine wechselten miteinander ab. Die Festrede hielt Genosse Thiele-Halle. Die Polizeibehörde hielt es für notwendig, die Wilhelmshöhe während des Festes bewachen zu lassen. Den Grund dafür, wissen wohl nur die Hochwohllöblichen.

Die Behörde hat in diesem Jahre einen anderen Standpunkt eingenommen als in früheren Jahren. Man ist wohl doch zu der Ansicht gekommen, daß auch den Sozialdemokraten das Recht zusteht, was man anderen Vereinigungen schon längst zugebilligt hat. Der gestrige Umzug hat bewiesen, daß auch sozialdemokratische Umzüge keineswegs die Ruhe und Ordnung stören. Vor zwei Jahren noch verbot man dem Gewerkschaftskartell den Umzug aus verkehrspolizeilichen Gründen. Die Kritik dieses Verbots kostete uns seinerzeit 200 Mk. In der Gerichtsverhandlung sagte damals der Polizei-Inspektor Jakob aus, man hätte Zusammenstöße zwischen den deutschen Turnern, die am gleichen Tage Umzug hatten, und den Gewerkschaftlern befürchtet. Gestern lag die Sache ähnlich, es fanden auch zwei Umzüge statt und — Zusammenstöße hat es nicht gegeben! Nicht die Furcht vor der Polizei hat dies vollbracht, sondern einzig und allein das Bewußtsein der Arbeiter!

Den Parteigenossen aber, die sich da noch gescheut haben, an einem öffentlichen Umzuge teilzunehmen, wird hoffentlich die Aengstlichkeit vergehen. Die Demonstration der Arbeiter wird nicht ohne Erfolg bleiben, ihren Eindruck auf die bürgerlichen Elemente hat sie sicherlich nicht verfehlt!

Weißenfels, 20. Juni. (E. B.) Wenig Glück im Klageführen scheint der den Parteigenossen genügend bekannte Herr Dr. Rubensohn zu haben. Derselbe wurde bekanntlich von der zustehenden Krankenkasse ohne Kündigung seiner Stellung als Kassenarzt enthoben. Dieser Umstand mag dazu beigetragen haben, daß Herr Dr. Rubensohn einige Vorstandsmitglieder wegen kleinlicher Dinge vor den Kadi zitierte, er mußte aber u. a. zusehen, daß gegen ein Vorstandsmitglied, welches er wegen Freiheitsberaubung dem Staatsanwalt anzeigte, das Verfahren nicht eröffnet wurde. Drei weitere Privatklagen hatten den Erfolg, daß in einem Falle ein Mitglied mit 30 Mark oder sechs Tagen belegt wurde, jedoch war für Dr. Rubensohn überraschend, daß auch er mit 20 Mark, im Unvermögensfalle mit vier Tagen Gefängnis bestraft wurde. Im zweiten Falle wurde das beklagte Mitglied freigesprochen und Dr. Rubensohn zu den Kosten verurteilt. Im dritten Falle, welcher zwecks Beweisaufnahme vertagt wurde, wurde die Klage von Dr. Rubensohn unter Tragung der Kosten zurückgezogen. Wie schwer Dr. R. durch diese Erfolge in seinem Gemütsleben getroffen worden ist, beweist ein Brief an seinen Hauptzeugen, daß er sich nach Lage der Sache gezwungen sieht, die Klage zurückzuziehen und die großen Kosten zu tragen, was er aufs Tiefste bedaure.

Naumburg, 20. Juni. (E. B.) Der große Tag der Weihe ist vorüber und allmählich legen sich die widerlichen Erscheinungen byzantisch-alkoholischer Vergiftung. Seit Wochen hat man alle Register gezogen, um die Einwohner zum Tage der Denkmalsfeier in gehörige Extase zu treiben. Artikel, Eingesandts, Vorschläge und sonstige Anregungen fand man täglich in den Spalten des Kreisblattes. Um auf die Eltern der Kinder, die man zum Spalierstehen brauchte, einzuwirken, schrieb das Kreisblatt eine „Rechtsbelehrung" über „Schulfestlichkeiten sind Schulunterricht". Die Quintessenz war, daß, wenn die Eltern ihre Kinder nicht Spalierstehen ließen, sie bestraft würden. Terrorismus ist das aber nicht. — Die Arbeitgeber waren amtlich angegangen worden, ihre Betriebe von 10 Uhr ab zu schließen, um „Volk" auf die Straße zu bringen; kurz, alles, was getan werden konnte, um den Festplatzpatriotismus vor hochmögenden Gönnern erstrahlen zu lassen, war geschehen. Der Höhepunkt patriotisch-alkoholischer Begeisterung wurde so gegen Mitternacht erreicht. Der weite Marktplatz war, mit Tischen und Stühlen besetzt, zum Festplatz eingerichtet worden. Zwei Musikkapellen musizierten, fliegende Büfetts sorgten für Stoff zur Begießung glühender Herzen und im Zentrum saßen die Honorigen, von denen einer um den andern von einem Tische oder Stuhle aus Worte blühenden — Vaterlandssinns in die Volksmenge hineinredete. Was geredet wurde, war zwar nicht zu verstehen, aber das macht nichts. — Wenn an einer Ecke Hurra geschrien wurde, dann brüllte man eben an der andern Ecke mit. Der politische Kretismus aller Stände gab sich ein Rendezvous. Wir haben keine Ursache zu verschweigen, daß sich an diesem Humbuge auch Arbeiter in größerer Zahl beteiligten. Das liegt nun mal so in Naumburg. Eine weite Schicht der Naumburger Proletarier sind keine trotzigen Industrieproleten, die im Bewußtsein, daß sie es sind, die alle Werte schaffen, stolz ihre Arbeiterehre hochhalten. Es sind, in irgend einer Form, knechtselige Domestiken, die von ihren mehrwertverzehrenden Herrschaften Brosamen erhalten, und auf deren Fürsprache aus reich dotierten Fonds Zuwendungen bekommen. Dieses Proletariat hat sehr viel Aehnlichkeit mit dem des alten Roms. Der schwereren Industriearbeit nicht gewöhnt, führt diese Bevölkerungsschicht eine Existenz, die mehr oder weniger von der Freigebigkeit vermögender Herrschaften beeinflußt und deren Gnade abhängt. Hier gilt der Grundsatz: „des Brot ich esse, des Lied ich singe", und nach diesem Grundsatze werden auch die Kinder erzogen. Das wird so lange so bleiben, bis hier andere Erwerbsverhältnisse eintreten. Naumburg ist keine Stadt, die merkbar durch Produktion von Worten für den Warenmarkt zum Nationalvermögen beiträgt, hier wird von Werten, die andere Städte und Orte erzeugten, in behaglichem Genießen gelebt. Die Behörden lassen es nicht zu, daß hier nennenswerte Industrien entstehen, allen diesbezüglichen Projekten wird die Genehmigung versagt. Durch diese wirtschaftlichen Verhältnisse wird auf noch lange Zeit Naumburg ein politischer Sumpf bleiben.

Teuchern, 20. Juni. (E. B.) Gesichert bis ins hohe Alter! Bekanntlich ist in Deutschland in hervorragender Weise für alte und in ihrer Arbeitskraft geschädigte Arbeiter gesorgt, es leidet keiner Not. Vielmehr geht es den „Rentnern" ganz außerordentlich gut, besonders wenn sie nebenbei noch eine Kleinigkeit verdienen können. Da kommt man dann her und sucht den Versicherungsanstalten Geld zu sparen. Den Verletzten wird die Rente gekürzt bezw. ganz entzogen. So ist es jetzt auch hier, einer ganzen Anzahl Unfallrentnern soll die Nachricht der Kürzung und Entziehung der Renten zugegangen sein. Diese „Segnungen" der Arbeiterversicherung wollen manchem Arbeiter gar nicht in den Kopf, viele schenkten bisher den Leuten Glauben, die die heutigen Einrichtungen als unübertreffbar verherrlichten. Jetzt werden diese Arbeiter wohl auch noch denken lernen und zu der Ueberzeugung kommen, daß ihnen die heutigen „Wohltaten" doch ein wenig teuer zu stehen kommen.

Zipsendorf, 20. Juni. Zur Frage der Kellnerorganisation geht uns als Erwiderung auf die Notiz in Nr. 120 vom Verband deutscher Gastwirtsgehilfen, Zahlstelle Meuselwitz, eine Richtigstellung zu. Zunächst wird darin gesagt, daß es sich nicht um eine Hilfskellnerorganisation handelt, sondern um eine Zahlstelle obengenannten Verbandes. Ferner wird behauptet, daß — soweit der Leitung bekannt — sämtliche Mitglieder der Organisation ihres Hauptberufes angehören. Die Aufforderung im Boten von der Schnauder sei aus Zweckmäßigkeitsgründen erfolgt.

Die Leitung der Zahlstelle ist der Ansicht, daß unsere Notiz die Kellnerorganisation in den Augen der Genossen halber herabsetzen wollen. Dies ist keineswegs der Fall, die Notiz sollte nur die Kellner, so weit diese aushilfsweise tätig sind, auf ihre Pflichten gegenüber ihrer Hauptorganisation aufmerksam machen.

Delitzsch, 19. Juni. Mietstalerschwindel. Die eigene Tochter zu unanständigen Manövern benutzt, hatte der 31jährige Arbeiter Wilhelm Wolf von Kockwitz bei Delitzsch. Der Beschuldigte hatte das Mädchen im März ds. J., bevor es aus der Schule entlassen worden, in Brehna und anderen Orten als Dienstmädchen vermietet, um sich auf diese Weise Mietstaler zu erschwindeln. Vor Gericht versuchte er die Schuld mehr auf seine Tochter abzuwälzen, die sich später geweigert habe, einige Stellen anzunehmen. Der Vater, der schon vorbestraft ist, wurde wegen Betrugs zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Bitterfeld, 19. Juni. Harte Strafe um ein Paar Schnürschuhe im Werte von 3 Mark zog sich ein 30jähriger Arbeiter aus Klein-Krostitz eine Anklage wegen Rückfalldiebstahls zu. Der Angeklagte, der die Schuhe Anfang April aus einem Laden in Bitterfeld entwendet hatte, wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Beantragt waren sechs Monate.

Mühlberg, 20. Juni. (E. B.) Warnung für Eltern! Freitag früh konnte leicht ein zweijähriges Töchterchen des Schiffers Kittler in der Entengasse in einem unbeobachteten Augenblick ums Leben kommen. Das Kind war in eine Wanne mit Wasser gefallen. Als es in dieser Wanne bemerkt wurde, gab es kein Lebenszeichen mehr. Durch mehrmalige Wiederbelebungsversuche gelang es noch einmal, das kleine Wesen ins Leben zurückzurufen.

Amsdorf, 20. Juni. (E. B.) Noch immer rühren sich die beiden Wirte nicht zur Hergabe ihrer Lokale; und allem Anscheine nach haben sie es auch nicht nötig. Verschiedene Arbeiter sehen es immer noch als Sport an, in Lokalen zu verkehren, welche ihren Klassengenossen nicht zur Verfügung stehen. Hauptsächlich zeichnen sich die Halleschen organisierten Arbeiter, welche hier am Bau der elektrischen Zentrale und am Förderturm beschäftigt sind, im Boykottbruch aus. Wir erwarten, daß diese Handlungsweise in Zukunft unterbleibt, andernfalls sehen wir uns genötigt, diese Personen namhaft zu machen.

Piesteritz, 20. Juni. (E. B.) Unglücksfall. Im hiesigen kgl. Feuerwerks-Laboratorium, in dem bis 70 Arbeiterinnen beschäftigt sind, quetschte sich die Arbeiterin Hennig die Finger. Ein Finger wurde abgequetscht, die übrigen sind schwer beschädigt.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Vorsitzender: Landgerichtsrat Erler; Ankläger: Staatsanwalt Schulze.

Ein gemeingefährlicher Ehegatte.

Im August v. J. berichteten wir, daß der frühere Maurer, jetzige Handelsmann Gustav Reiche, früher hier, jetzt in Leipzig, seine Gattin derartig mißhandelt hat, daß die Unglückliche in die Saale ging. Es bestand damals die Vermutung, der Angeklagte habe seine Frau absichtlich in die Saale gestoßen. Die Frau ertrank. Die angestellte Untersuchung ergab aber keine Handhabe zu einem Vorgehen wegen vorsätzlicher Tötung gegen den Angeklagten. Es konnte auch nicht festgestellt werden, obwohl der Angeklagte seine Frau mit dem Messer verfolgte, daß er die Frau gestochen hat. Trotz der schweren Folgen der Tat, kam Reiche zunächst nur wegen Uebertretung vor das Schöffengericht, weil er sich bei einem Angriff auf seine Frau eines Messers bedient hatte. Er wurde zu sechs Wochen Haft verurteilt. Bei dieser Verhandlung stellte sich aber dann heraus, daß der Angeklagte damals doch recht brutal gegen seine Frau vorgegangen war. Es kam dann, allerdings verspätet, ein erneutes Verfahren, das heute erfolglos auslief.

Der Angeklagte, ein 29jähriger vorbestrafter Mensch, soll seine Frau, mit der er damals zwei Jahre verheiratet war, roh behandelt haben. Am Abend des 4. August v. J. ging der Angeklagte mit seiner Frau, einem Hausnachbar und dessen Ehefrau nach der Wiese, um dem Konzert im Pfälzer Schießgraben zu lauschen. Die Frauen gingen vorweg und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090622-12/fragment/page=0007

die Männer machten die scherzhafte Bemerkung, sie wollten einmal sehen, ob sie eine andere fänden. Die Frauen machten eine ähnliche scherzhafte Bemerkung und amüsierten sich am Denkmal des Maurergewerks über einen beschränkten Menschen, mit dem man dort Allotria trieb. Nachdem Reiche seine Frau, die im achten Monate schwanger war, einige Minuten vermißt hatte, stürzte er auf einmal wie ein Wüterich als angeblich Eifersüchtiger auf die ahnungslose Frau los und schlug auf sie ein. Die geängstete Frau, die sich seines Fehls bewußt war, versuchte davonzulaufen, wurde aber von dem Wüterich in die Höhe gehoben und dann auf den Fußboden gestaucht, daß sie zusammenbrach. Schließlich richtete sie sich aber in die Höhe und lief, von ihrem Ehemann verfolgt, davon. Unterwegs zog der rohe Bursche das Messer und stach auf die Fliehende los, traf aber dabei nur die Kleidungsstücke, die von dem Körper der Frau heruntergerissen und auf die Straße geworfen wurden. Am Pälzer Schießgraben wurde die Frau von dem Unhold zum zweiten Male zu Boden geworfen und getreten. Zu bedauern ist, daß unter dem Publikum sich kein beherzter Mensch fand, der den Burschen entgegentrat. Die unglückliche Frau lief die Robert Franzstraße entlang und sprang dann vor den Augen ihres Verfolgers unter dem Angstrufe „er sticht mich" an der Klausbrücke in die Saale. Der Angeklagte will dann geklagt haben: „Meine arme Frau," auch den Rock ausgezogen haben, um nachzuspringen; er machte aber keinerlei ernsthafte Versuche, seine Frau zu retten.

Der Angeklagte, der nun erneut wegen Bedrohung mit Totschlag und Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung angeklagt ist, will seine Frau wohl mit den Händen mißhandelt und sie bedroht, aber keineswegs von dem Messer Gebrauch gemacht haben. Er will aus Eifersucht gehandelt haben, da er am betreffenden Abend angenommen habe, seine Frau gebe sich mit anderen Männern ab. Es wurde dem Angeklagten aber vorgehalten, daß er selbst einmal versucht habe, seine Frau zu verkuppeln. Dies bestreitet er. Nach der Beweisaufnahme ist der Angeklagte gegen seine Frau äußerst brutal zu Werke gegangen. Seine Schwiegermutter betrauert unter Tränen den Verlust ihrer Tochter, die von dem Manne sogar gelegentlich der Kindtaufe mißhandelt worden ist. Der Staatsanwalt beantragte gegen den rohen Menschen noch eine Gefängnisstrafe von einem Jahre und zwei Wochen. Das Gericht nahm als erwiesen an, daß der Angeklagte seine Frau in unmenschlicher Weise mißhandelt hat. Das Gericht könne aber leider keine weitere Bestrafung eintreten lassen, da hierbei der Rechtsgrundsatz: ne bis in idem (nicht zweimal für ein und denselben Fall) beachtet werden müsse. Die Tat müsse leider durch den Spruch des Schöffengerichts, nachdem der Angeklagte für denselben historischen Vorgang zu sechs Wochen Haft verurteilt wurde, als gesühnt erklärt werden und die weitere Strafverfolgung sei unzulässig.

Wegen Zuhälterei wurde hinter verschlossenen Türen verhandelt gegen einen noch jugendlichen Artisten von hier. Der vorbestrafte Mensch hatte junge Mädchen ausgebeutet und von ihnen Gelder angenommen, die sie durch Gewerbsunzucht erlangten. Er wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Durch eine Unüberlegtheit zog sich ein 31jähriger Schmied von hier eine Anklage wegen intellektueller Urkundenfälschung zu. Der Mann hatte in nicht böswilliger Absicht zwei Kinder seiner früheren Geliebten und jetzigen Ehefrau als ehelich geboren auf dem Standesamt eintragen lassen und bewirkte dadurch eine Personenstandsveränderung. Beantragt wurde gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen. Erkannt wurde auf 50 Mark Geldstrafe.

Ein Produkt der Verhältnisse. Eine Maurerfrau von hier, Mutter von sechs Kindern, wurde am 4. März in einem Konfektionsgeschäft dabei erwischt, wie sie einen Kleiderstoffrest im Werte von 27 Mk. entwendete. Da sie schon öfter wegen Ladendiebstählen vorbestraft ist, hielt man eine Haussuchung und fand eine Menge Sachen, die aus Diebstählen herrührten: Kleiderstoffe, Wäschestücke, Kamme, Portemonnaies, Krawatten, Pelzwaren usw. Im Jahre 1902 soll die Angeklagte von der hiesigen Polizei als Ladendiebin photographiert worden sein. Sie räumte nur den Diebstahl ein, bei dem sie erwischt worden war und behauptete, in Not gehandelt zu haben, da sie von ihrem Mann zu wenig Wirtschaftsgeld erhielt. Beantragt wurden gegen die Frau zwei Jahre Gefängnis, drei Jahre Ehrverlust und sofortige Verhaftung. Das Urteil lautete auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis. Von der sofortigen Verhaftung wurde aber Abstand genommen.

Schöffengericht.

Als Schrebergartennachbarn waren ein Zigarrenmacher und ein Schuhmacher am 2. Mai in heftige Fehde geraten. Der Zigarrenmacher soll den Schuhmacher mit einer Harke bedroht und ihn durch die Worte Anarchist, Revolutionsschuster rc. bedroht haben. Der vermeintliche Anarchist, dem auch vorgeworfen worden war, er stehe in dem „Verbrecheralbum", fühlte sich verletzt und der Beleidiger wurde zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt, von der Anklage der Bedrohung aber freigesprochen.

Eine Schmutzerei beging eine Arbeiterfrau in Schwoitsch, die einer mit ihr verfeindeten Hausnachbarin die Stuben- und Küchenfür beschmierte und dann auch noch die Fenster mit Exkrementen bewarf. Sie wurde wegen der Igelei mit 10 Mk. bestraft.

Vom Schlag übermannt wurde am 13. Mai ein Geschirrführer in der Schoßkelle eines Wagens auf der Merseburgerstraße. Als er von einem Polizisten auf der Fahrt geweckt wurde, gebrauchte der Gestörte in Beziehung auf den Polizeibeamten eine Aeußerung wie sie im Götz von Berlichingen vorkommt. Der Geschirrführer muß für seine Unüberlegtheit 18 Mk. bezahlen.

Klassenkampf im katholischen Klerus.

Einem Artikel, den ein Vikar in Hardens Zukunft veröffentlicht, entnehmen wir folgende Ausführungen:

„Nominell bekommt der Kaplan 1200 Mk. Davon gehen 750 bis 800 Mk. ab an den Pfarrer für Beköstigung und anderes. Bleiben noch 400 bis 450 Mk. Dafür ist der Kaplan in vielen Fällen noch verpflichtet, wöchentlich zwei oder drei Messen pro mensa zu halten, die im Jahre immerhin einen Betrag von 150 bis 200 Mk. (gering gerechnet) ausmachen, so daß der Pfarrer tatsächlich 900 bis 1000 Mk. für die Unterhaltung eines Kaplans bekommt. Dazu muß man zählen den jährlichen Ertrag aus den Taufen, Trauungen und Beerdigungen, die der Kaplan vornimmt, während der Pfarrer die dafür fälligen Stolgebühren in seine Tasche gleiten läßt. Von einer solchen Summe kann ein Pfarrer sehr wohl einen Hilfsgeistlichen beschäftigen, ja, es dürfte daraus auch noch eine nicht geringe Beihilfe zu der Erholung im Sommer oder zur Beschaffung eines reichsortierten Weinlagers oder zu angenehmer Ansammlung von Kapitalien abfallen. Das ist eine Rechnung, die kein Bischof oder Pfarrer rechtlich widerlegen kann.

Und der Kaplan? Zu seinem 400 bis 450 Mk. Gehalt kann er aus seinen Meßintentionen jährlich 200 bis 250 Mk. zählen, so daß er auf ein bares Einkommen von 600 bis 800 Mk. im Jahre rechnen kann; ein Mann, der nach Absolvierung der Gymnasialstudien drei Jahre auf der Universität oder in einer philosophisch-theologischen Lehranstalt und ein weiteres Jahr im Priesterseminar zubringt. Immer große Kosten, denen keine Einnahmen entsprechen. In vielen Fällen sind dann von diesem fürstlichen Einkommen, das ein tüchtiger Großknecht auch besteht, Schulden aus der Studienzeit für Bücher und anderes zu tilgen; hier und da (und gar nicht selten) zählen auch arme Eltern auf Unterstützung durch den geistlichen Sohn. Nun rechne man dieser gewaltigen Summe ab die jährlichen Unkosten für Kleidung, Almosen an Bedürftige, die immer wieder sich herandrängen, die Bedürfnisse des täglichen Lebens; was ist dann das Fazit? Nun muß ja so reich Besoldeten eine Versetzung treffen, vielleicht sogar eine solche von einem Ende der Diözese zum anderen; die nicht immer geringen Umzugskosten hat er aus eigener Tasche zu bestreiten; kein Bischof, keine Behörde nimmt die drückende Last von ihm. Und man darf nicht vergessen, daß solcher arme Schlucker oft zweimal, ja drei- und viermal in einem Jahre seine Stelle wechseln muß; ohne die geringste Unterstützung. Dem Schreiber dieser Zeilen hat sein Bischof erwidert: Umzugskosten gewähren wir aus Prinzip nicht. Wird nun der neu eingeweihte Geistliche für irgend eine Stelle destiniert, so heißt es, eine angemessene Zimmereinrichtung beschaffen. Wovon? Sehr einfach: hat er's nicht von Haus, muß er's eben von seinem Gehalt nehmen. Einfachste Konsequenz: er zahlt Jahr für Jahr ab. Nun sitzt er acht bis zehn Jahre als Kaplan; dann kann's ihm glücken, daß er selbständig wird. Wenn nicht als Pfarrer, so doch für eine Reihe von Jahren als Pfarrvikar oder Pfarradministrator. Folgt: Beschaffung vollständigen Haushaltes, Besoldung der Haushälterin, wenn nicht eine Schwester oder andere Verwandte sich seiner erbarmt; aber er muß doch für deren Unterhalt auch mitsorgen. Gehalt 1500 Mk. Das spricht Bände. Neue Schuldenwirtschaft muß anheben, weil es nicht anders sein kann; Abzahlung in Raten! Und nun harrt er der erlösenden Stunde: Ich ernenne Sie zum Pfarrer in . . .

Das in Kürze über die pekuniäre Seite. Müßte folgen die Beleuchtung der Behandlung der Hilfsgeistlichen durch Pfarrer und Ducre, um das Elend moderner Sklaventums zu zeigen. Gewiß gibt's unter den Pfarrern weiße Raben; aber die müssen mit der Laterne gesucht werden. Von Essen sollen diese Zeilen ganz schweigen. Haushälterin, früher Dienstmagd, nach dem Tode der Haushälterin Köchin: was soll dabei herauskommen? Hausschlüssel gibt's nicht! Abends um zehn wird das Haus geschlossen; wer nicht da ist, muß draußen bleiben. Gar nicht seltener Fall. Verkehr wird nicht gern gesehen; geht einer bei Bekannten, sogar bei Verwandten ein und aus, so fallen unfreundliche Bemerkungen, gehen ungünstige Berichte an die Behörde. Folgt unwilliger Ukas. Entrüstung und Verbitterung bei dem schuldlos Betroffenen. Auf der anderen Seite wird gefordert intensive Arbeit in den Vereinen, auf der andern folgt bald ein Dämpfer von hoher Stelle, wenn einer sich mehr Mühe gibt, als er im Mindestmaß nötig hat, und wenn er sich allgemeiner Beliebtheit erfreut, die dem Pfarrer fehlt. Tätigkeit im Interesse des Volkes, besonders der Lohnarbeiter, wird mit Drohungen, dann mit plötzlicher Versetzung an einen entlegenen Ort geahndet. Das sind auch Fälle, die kein Bischof bestreiten kann. Denn (und das ist das Allerschlimmste) es liegt System in der Sache.

Der Pfarrer bekommt sein Recht; aber der arme Kaplan ist rechts- und wehrlos. Man braucht nicht zu spezialisieren, um diese Behauptung zu beweisen. Differenzen kommen in jedem Berufe vor; aber selbst das Gericht urteilt nicht, bevor es den Angeschuldigten und die von ihm benannten Zeugen verhört hat. Hier aber liegt es anders. Kommt eine Klage zu höchsten Ohren, so wird zwar der Pfarrer befragt, in keinem Fall aber der Kaplan. Davon kann jeder Hilfsgeistliche ein Lieblein singen; aber er darf nicht mucksen; man hält ihm das Schreckgespenst des kanonischen Gehorsams vor und erinnert an die kanonischen Konsequenzen. Der Beamte, der schuldlos gemaßregelt wird, kann sich öffentlich wehren; der disziplinierte Offizier quittiert den Dienst; der katholische Geistliche ist für immer gebrandmarkt, wenn er wagen sollte, an der geheiligten Institution des kanonischen Gehorsams zu rütteln, den ersten und allgemeinen Grundsatz von Recht und Gerechtigkeit zur Norm seines Handelns machen, auf Naturrecht und librum arbitrum sich zu stützen. Er fürchtet den Skandal, scheut sich, die Brücke hinter sich abzubrechen, er bleibt, entrüstet mit Fug und Recht, bleibt geknechtet von dem unbestimmten Begriff des kanonischen Gehorsams, bleibt, selbst, wenn man in seine persönlichen Rechte eingreifen trachtet, — bleibt in seinem Amt.

Scharfe Worte wohl sind's die ich geschrieben habe; aber voll innerer Wahrheit und Überzeugung. Oder und da werden sie Opposition ernten. Die aber kann den Tatbestand nicht wegleugnen. Dies aber ward in redlicher Absicht geschrieben, damit endlich einmal die Oeffentlichkeit erfahre, in wie trostlos unwürdigem Zustande die katholischen Hilfsgeistlichen ein modernes Sklavenleben führen müssen."

Allerlei.

Die Typhus-Epidemie in Altwasser.

Breslau, 21. Juni. Die Zahl der Typhus-Erkrankungen in Altwasser ist bis gestern Mittag auf 312 gestiegen. 7 Fälle verliefen tötlich. Vereinzelte Typhus-Erkrankungen sind auch schon in der Umgebung von Altwasser vorgekommen.

Schiffs-Zusammenstoß.

London, 20. Juni. Der englische Kreuzer Sapho ist gestern abend bei dichtem Nebel auf der Höhe von Dungeneß mit einem unbekannten Dampfer zusammengestoßen. Die Besatzung des Kreuzers ist gerettet, es wird niemand vermißt. Man glaubt, daß der unbekannte Dampfer, mit dem Kreuzer Sapho zusammenstieß, identisch ist mit dem Dampfer Cealand.

Das tägliche Erdbeben.

Madrid, 21. Juni. Auf den Kanarischen Inseln wurde gestern morgen ein heftiger Erdstoß wahrgenommen, der besonders in der Stadt Icod große Panik hervorrief. Das Rathaus und die Zivilgardekaserne sind ziemlich stark beschädigt. Ob Menschenleben umgekommen sind, ist noch nicht bekannt.

Durchschnittene Telegraphendrähte.

Paris, 21. Juni. Sechs Telegraphen-Leitungen sind in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag zwischen Venz und Donay bei Novelle zerschnitten worden.

Gefentert.

Berlin, 21. Juni. Ein mit vier Personen, zwei Herren und zwei Damen, besetztes Ruderboot kenterte gestern abend in der Nähe des Restaurants Rübezahl auf dem Müggesee. Die Insassen stürzten in's Wasser. Während drei gerettet werden konnten, fand eins der Mädchen den Tod durch Ertrinken.

Kein smarter Amerikaner.

Köln, 20. Juni. Internationalen Gaunern in die Hände gefallen ist hier ein reicher Amerikaner. Er war in die Betrachtung des Domes versunken, als zwei Männer sich zu ihm gesellten, die sich gleichfalls als Amerikaner ausgaben. Sie wußten den Amerikaner derart zu nehmen, daß dieser ihnen seine gesamte Barschaft in Höhe von 5000 Mark und einen auf 1200 Mark lautenden Scheck eines Kölner Bankhauses in die Hände gab. Erst nach dem Verschwinden seiner beiden angeblichen Landsleute entdeckte er, daß er Gaunern in die Hände gefallen ist. Von den Dieben fehlt bisher jede Spur.

Die Vereinsfahne unter dem Hammer.

Eine Fahne mit der Devise: „Arbeit bringt Segen" und der weiteren Inschrift: „Gewerkverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter (H.D.)", Ortsgruppe Wanheim-Angerhausen gegründet 1905" wurde dieser Tage in Duisburg öffentlich versteigert, weil die Agitationsarbeit der dortigen Hirsche nicht soviel materiellen Segen eingebracht hatte, daß der bunte Lappen auch bezahlt werden konnte. Immerhin werden die betrübten Hirsche sich ob ihres Mißgeschicks zu trösten wissen, denn das Wahrzeichen der Harmonieapostel bleibt gewissermaßen in der Familie, es wurde von den — Gutenbergbündlern erstanden.

Des Lehrers Rache.

Das schweizer Schuldblatt erzählt folgendes hübsche Geschichtchen: Die Gemeinde Unterkulm hat mit 100 gegen 97 Stimmen eine Besoldungserhöhung der Primarlehrer von 1600 auf 1700 Frank abgelehnt. Ein kinderreicher Vater hatte in der Gemeindeversammlung gegen die Besoldungserhöhung des im Dienst ergrauten Lehrers gepoltert und sprach ihm nachher die Befürchtung aus, er werde sich nun wohl an seinen Kindern dafür rächen. „Nei, mi gueje Ma", erwiderte der Lehrer, „mi Rach isch di: ich mache daß dini Chinder gschider würde, als du bisch!"

Vom Schnellzug getötet.

Münster, 18. Juni. Heute morgen 5 Uhr wurde von dem D-Zug 123 Berlin—Vlissingen am südlichen Wegübergang des Bahnhofs Dülmen i. W. ein Fuhrwerk mit drei Personen, ein Mann und zwei Frauen, infolge offener Wegschranke überfahren. Die drei Personen sowie das Pferd wurden getötet, das Fuhrwerk zertrümmert. Die Namen der Verunglückten konnten noch nicht festgestellt werden.

Briefkasten der Redaktion.

Elsterwerda. Den Steuerartikel hat die Elsterw. Ztg. aus dem Volksblatt entnommen. Wir brauchen also wohl kaum unseren Artikel aus der E. Ztg. zu übernehmen. Ein genaueres Lesen des Volksblattes ist doch sehr angebracht!

Schmidt-Halle. Die übersandte Mitteilung ist von Interesse. Da sie aber leider so gut wie anonym erfolgt ist, können wir keinen Gebrauch davon machen. Sie dürfen sich uns gegenüber getrost legitimieren. Bei uns ist das Redaktionsgeheimnis gesichert.

F. Z. L. Das kann auf Grund der §§ 128 und 130 der Gewerbeordnung verboten werden. Möglicherweise sind dort auch von Innung oder Handwerkskammer bezügliche Vorschriften erlassen worden, was Sie dort erfahren können.

R. 10. Es fragt sich, um was für eine Klage es sich handelt. Berufung können Sie schon einlegen, das kostet nichts und Sie brauchen beim Provinzialausschuß auch keinen Rechtsanwalt. Das Oberverwaltungsgericht befindet sich in Berlin.

S. J. Das Dienstverhältnis spielt dabei keine Rolle. Steuerfrei sind Erbschaften unter 500 Mk.

R. G. D. 1. Eine Klage vor dem zuständigen Amtsgericht würde Ihnen sicher Ihren Lohn bringen. 2. Nein.

Radfahrer Lützkendorf. Strafrechtlich kann der ungetreue Kassierer natürlich belangt werden, auch wenn er nicht 21 Jahr ist. Dazu ist Anzeige bei der Staatsanwaltschaft nötig. Vermögensrechtlich wird von dem Manne nichts zu erlangen sein. Der Verein hätte müssen die Kasse nicht einem Minderjährigen anvertrauen.

Glückauf 99. Was ein Kinematographentheater kostet, können wir Ihnen mit dem besten Willen nicht sagen. Das kommt ganz auf die Gediegenheit der Einrichtung an. Wenden Sie sich doch einmal an einen zukünftigen Kollegen hier. Die Adressen ersehen Sie in der heutigen Nummer aus dem Inseratenteil.

O. K., Naumburg. 1. Nach unserm Dafürhalten brauchen Sie nicht mehr bezahlen. Für den Umbau der Küche usw. besteht die mündliche Abmachung, die Einrichtung des Aborts wird durch die Verkleinerung des Wohnraums komplettiert. 2. Die Gegenforderung ist nicht ausschließlich, da außer Ihrem Einverständnis keine bestimmten Abmachungen über Dauer und Umfang des Baues vorliegen. 3., 4., 5. Durch 2. erledigt.

A. R. K. Ist die Abmachung ohne jede Einschränkung getroffen, so müssen Sie auch nach der erst einjährigen Benutzung der Wohnung die sechs Mark zahlen.

R. 139. Direkte Beschwerden liegen gegen die Kasse aus neuerer Zeit nicht vor. Empfehlen möchten wir sie aber auch nicht.

Wählitz. 1. Wenn der Weg über 30 Jahre als öffentlicher bestanden hat, kann die Gemeinde Einspruch erheben. 2. Im zweiten Falle ebenfalls, zumal da erst der Besitztitel festgestellt werden muß.

H. H. 100. In der Sache Ihrer Schwiegermutter würden Sie gut tun, wenn Sie sich sofort unter Einreichung der nötigen Papiere an das hiesige Arbeitersekretariat wenden. Nach Ihrer Darstellung muß der Frau die Invalidenrente zuteil werden.

K. 95. Sie brauchen keine Staatseinkommensteuer zu zahlen. Reklamieren Sie aber sofort ausdrücklich unter Berufung auf das neue Gesetz vom 26. Mai noch einmal.

F. F., Rößuln. Jawohl, Sie können reklamieren bis zum 25. Juni. Wenn Sie uns Ihren Verdienst infl. der Einnahme aus dem Garten mitgeteilt haben, werden Sie von der Staatseinkommensteuer befreit.

O. A., Bornstedt. 1. Ja, aber der Nachbar würde eventuell an der Nutznießung teilnehmen. 2. Ist nicht vorgeschrieben. 3. Gewiß, wenn er sie bezahlt.

Versammlungs-Anzeiger.

Im Inseratenteil der heutigen Nummer werden folgende Versammlungen veröffentlicht:

Delitzsch. Oeffentl. Gewerkschafts-Versammlung, Dienstag, 22. Juni.
Halle. Metallarbeiter, Mittwoch, 23. Juni.
Dölau. Sozialdemokratischer Verein, Dienstag, 22. Juni.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wahltumulte.

Paris, 21. Juni. Infolge der Ungültigkeitserklärung der letzten Wahlen in Mangnio waren für gestern Nachmittag die Neuwahlen ausgeschrieben. Kurz nach Beginn der Wahlen entstand großer Tumult, der besonders von den Royalisten verursacht wurde. Der Kandidat Touchat wurde verhaftet. Nachdem Gendarmerieverstärkungen eingetroffen waren, wurde die Ruhe wieder hergestellt.

Untergang eines russischen Kriegsschiffes.

Petersburg, 21. Juni. Die russische Schwarze Meer-Flotte scheint vom Unglück verfolgt zu sein. Nachdem kurz hintereinander ein Unterseeboot und ein Torpedoboot verloren worden sind, kommt jetzt aus Sewastopol die Mitteilung, daß das Truppentransportschiff „Ingul" untergegangen ist. Einzelheiten über die Katastrophe stehen noch aus, doch sollen nach den ersten Berichten sowohl die Besatzung, wie die an Bord befindlichen Mannschaften umgekommen sein.

Mutter und Kind unter dem Straßenbahnwagen.

Paris, 21. Juni. Eine Arbeiterin wurde gestern von einem Straßenbahnwagen erfaßt und gerieth unter die Räder; das dreijährige Kind, welches sie auf dem Arme trug, wurde in zwei Stücke zerschnitten. Die Mutter erlitt schwere Verletzungen.

Zeppelin fährt nach Berlin!

Berlin, 21. Juni. Des Grafen Zeppelin Fernfahrt nach Berlin, zu der Wilhelm II. die Anregung gegeben hat, ist für den 26. August in Aussicht genommen.

Verantwortlicher Redakteur Karl Bock, für Lokales Otto Riebuhr, für Provinzielles Walter Leopoldt, sämtlich in Halle a. S.

Aus dem Geschäftsverkehr.

S. Weiß, das größte Herren-Konfektionshaus von Halle, hat jetzt, wie aus dem Inseratenteil der heutigen Nummer ersichtlich, seinen Neubau in der Gr. Märkerstraße bezogen. Dieser Neubau, der mit dem bisherigen Geschäftshaus, Ecke Leipzigerstr., direkt verbunden ist, repräsentiert sich als geräumiges, mit den neuesten Bequemlichkeiten ausgestattetes Verkaufslokal. Das bisherige Geschäftslokal wird nunmehr sofort niedergelegt werden und soll noch vor dem Winter mit dem jetzigen Neubau zu einem Verkaufslokal größten Stils für Herren-Garderobe und dazu gehörige Artikel vereinigt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090622-12/fragment/page=0008